1,5euro

#02 / Februar06

Laika

the first dog in the sky



Die Versteckten – *Schwulsein in Polen*

Niemandsland am Dnjestr
Europas inexistente Republik Transnistrien

Unterirdische Vulkane in Rumänien –
Nationalismus als kollektive Ersatzidentität



V.i.s.d.P.
Georghe Popescu
Str. Proletarior; Bl. A3, Sc.2, Ap. 66
6239 Tichilesti

Laika - the first dog in the sky
c/o Paluttke
Biedermann Str. 20
D-04277 Leipzig

lydia@systemli.org
www.left-action.de/laika

Editorial

Lange ist es her. In der ersten Ausgabe unserer mittlerweile überdurchschnittlich beliebten Osteuropa-Publikation, haben wir noch getönt, alle 2-3 Monate wieder von uns hören zu lassen. Damals dachte noch niemand daran, dass so ein Projekt auch unterschiedliche Vorstellungen der Redax-Mitglieder mit sich bringen und kollidieren lassen könnte. Entstehende Differenzen sind meist inhaltlicher Art, aber manchmal geht der Knatsch so weit, dass man sich nicht mehr einig wird, wie lang 2-3 Monate sind.

Seht es einfach so: die erste Ausgabe von LAIKA – THE FIRST DOG IN THE SKY kam viel zu früh an den Start; eigentlich hätten wir erst im November letzten Jahres loslegen dürfen.

...und jetzt Schluss mit der Ningelei.

Allen Widrigkeiten zum Trotz haben wir es trotzdem geschafft, diesmal mit vier Seiten mehr an den Start zu gehen. Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe hat absolut nichts mit dem Cover zu tun, aber das werdet Ihr ja sicher auch gleich selbst heraus finden. Da die meisten unserer hauseigenen KorrespodentInnen z.Z. Dingen wie Winterschlaf, Unistress,Selbstfindung u.ä. Kram zu frönen scheinen, bzw. wahrscheinlich für besser zahlende (d.h. überhaupt zahlende) Blätter arbeiten, gibt es in der aktuellen Ausgabe immer mal wieder die eine oder andere Nachveröffentlichung aus anderen Publikationen. Diese sind natürlich 100%ig NICHT mit den betreffenden AutorInnen abgesprochen. Falls der/die eine oder andere hier empört seinen/ihren Artikel wiederfinden sollte, kann er/sie sich natürlich vertrauensvoll an unseren „Verantwortlichen im Sinne des Presserechtes" Herrn Popescu (siehe Seite 2) wenden.

Laika#3 sollte dann, (diesmal wirklich) entsprechend dem unlängst angestrebten Rhythmus, spätestens im Mai diesen Jahres am Start sein.

Viel Spass beim lesen.
Eure Redax von LAIKA
– THE FIRST DOG IN THE SKY

Die Versteckten

Es war nie einfach, in Polen schwul zu sein. Seitdem das Land einen neuen Präsidenten hat, ist es noch viel schwerer geworden - von MAXIM LEO

WARSCHAU. Am Abend der Wahl ist Jacek Adler früh ins Bett gegangen. Er fühlte sich schwach. Im Fernsehen redete der Sieger, Lech Kaczynski, der neue Präsident. Er sprach von einer vierten Republik, von einer neuen Zeit, die jetzt in Polen beginne. Für Jacek Adler klang das wie eine Drohung. Am nächsten Morgen wurde er vom Telefonklingeln geweckt. Ein Hauptmann der Polizei sagte, dass er sich unverzüglich auf der Wache melden soll. Dort wurde Jacek Adler verhört, er sollte über sich und andere Homosexuelle berichten. Der Hauptmann hatte einen dicken Ordner mit Namen und Fotos. Er sagte, dass Adler als „radikaler Schwuler" bekannt sei. Dass auch der Geheimdienst von ihm wisse. Dass er sich vorsehen solle. Jacek Adler hat nicht gedacht, dass es so schnell geht mit der neuen Zeit.

„Die wollen mich einschüchtern", sagt er und lacht. Ein spitzes Lachen. Er ist ein kräftiger Mann, hat kurze Haare und trägt meistens Armeehosen. Er wäre gern jemand, der sich nicht einschüchtern lässt. Er weiß, dass auch andere verhört wurden an diesem Tag. In einer Warschauer Schwulenbar ist ein Mann vom Geheimdienst aufgetaucht. Er hat dem Besitzer mit einer Razzia gedroht, wenn er sich weigert, Informationen zu liefern.

Jacek Adler ist Chefredakteur des Internetmagazins Gaylife. Er ist so etwas wie der Sprecher der polnischen Schwulen. Einer der wenigen, die es wagen, sich zu zeigen. Er sagt, dass in Polen ein Kampf ausgebrochen ist. Ein Kampf um die Werte. Männer wie der neue Präsident Lech Kaszynski und sein Zwillingsbruder Jaroslaw, der im September mit seiner nationalkonservativen Partei die Parlamentswahl gewonnen hat, wollen Polen zu einer katholischen Volksgemeinschaft formen. Ein sicheres, warmes Zuhause soll das Land werden. Geschützt vor den Deutschen, vor Europa. Und vor vermeintlichen inneren Feinden wie Juden und Schwulen.

„Wer sich der Gemeinschaft nicht unterordnet, wer anders ist oder fremd, wird von ihr bekämpft", sagt Jacek Adler. Die Kaszynskis und ihre Glaubensbrüder sagen, dass Homosexuelle die polnische Lebensart bedrohen. Dass sie nicht Lehrer oder Beamte sein dürfen. Dass man sie in Umerziehungslager stecken sollte. Die Schwulen waren eines ihrer Lieblingsthemen im Wahlkampf. Sie wissen, dass die Abneigung gegen Homosexuelle tief verankert ist im katholischen Polen. Es ist ein einfaches Spiel.

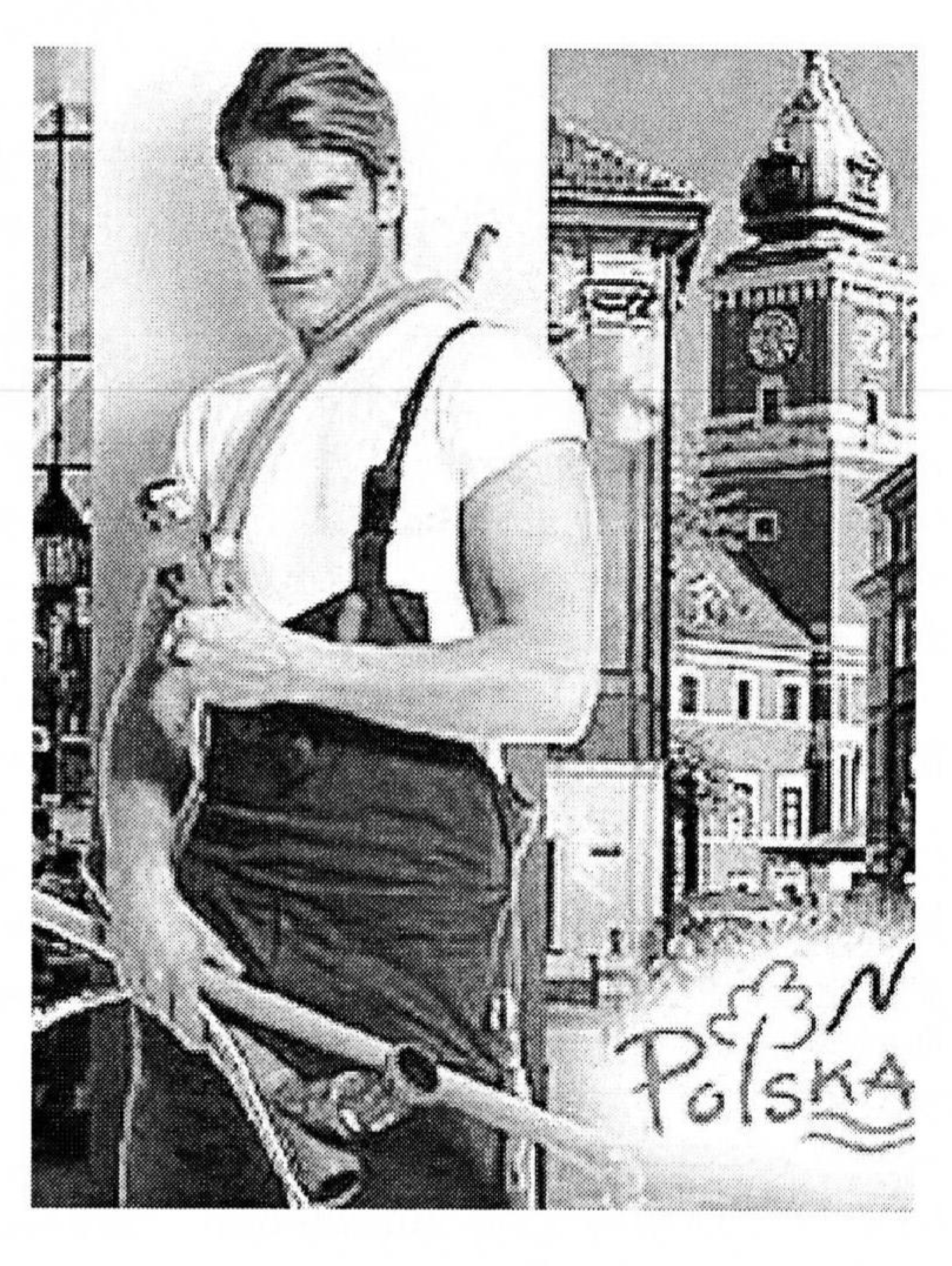
Jacek Adler war 37, als er merkte, dass er sich in einen Mann verliebt hat. Er war zum ersten Mal glücklich und er wollte sich nicht verstecken. Vielleicht, weil er sich so lange versteckt hat, auch vor sich selbst. Er war verheiratet, hatte ein Haus mit Garten, arbeitete als Abteilungsleiter in einer Bank. Er ahnte nicht, dass er alles verlieren wird. Seine Frau ließ sich scheiden. Seinen Sohn durfte er nicht mehr sehen. Die Eltern verstießen ihn, Freunde wandten sich angewidert ab. Irgendwann erfuhr auch sein Chef von der Sache. Kurze Zeit später bekam Jacek Adler seine Kündigung. Sein Leben hat sich in ein paar Wochen aufgelöst. „Es war wie eine Wand, die auf einmal zwischen mir und den anderen stand."

Das alles ist jetzt acht Jahre her. Jacek Adler, der Aussätzige, hat ein neues Leben begonnen. Er wohnt mit seinem Freund in einem winzigen Apartment in einem Außenbezirk von Warschau. Sie schlagen sich mit Aushilfsjobs durch. Vor zwei Jahren hat er das Gay-Portal im Internet gegründet, weil er so etwas wie eine schwule Gemeinschaft schaffen will. Eine Community, eine Familie, die zusammenhält und sich wehrt. Etwa zwei Millionen Schwule soll es in Polen geben. 15 000 Mitglieder sind bei Adler registriert, aber eine Familie ist es noch nicht geworden. Die meisten wollen unerkannt bleiben. Sie wollen ihr Leben nicht verlieren.

In der südlichen Innenstadt von Warschau steht ein grauer Wohnblock. Auf der Rückseite gibt es eine Stahltür, die nur von innen zu öffnen ist. Eine Treppe führt in das Kellergeschoss. Dort gibt es eine Tür mit einer Videokamera. Dahinter liegt der größte schwule Sexclub der Stadt. Neben der Bar stehen cremefarbene Sessel im rot gedimmten Licht. In einer Ecke sitzt ein Mann, Anfang dreißig, der seinen Namen nicht nennen will. Die Angestellten nennen ihn Georg. Er ist einer der Eigentümer des Clubs, aber das ist für ihn nur eine Nebenbeschäftigung. Hauptberuflich arbeitet Georg in einem Ministerium, auf einem wichtigen Posten, wie er sagt.

Auf seinem Schreibtisch im Ministerium steht ein Foto einer lesbischen Freundin, die in Paris lebt. Offiziell ist sie seine Verlobte. „Das ist ganz witzig", sagt Georg. Er hat sich mit den Jahren eine perfekte Tarnung zugelegt. Er gilt als Frauenheld, weshalb es auch niemanden wundert, dass er seine Verlobte nie auf Empfänge mitbringt. Wenn rauskäme, dass er schwul ist, wäre seine Karriere beendet. Georg sagt, dass ihm sein Doppelleben eigentlich nichts ausmacht. Enge Freunde sind eingeweiht, seine Eltern wissen Bescheid und halten zu ihm. Nur manchmal, wenn es wieder eines dieser Saufgelage im Ministerium gibt und zu später Stunde Schwulenwitze erzählt werden, regt es ihn ein bisschen auf. Manchmal erzählt er aber selbst noch ein paar Witze. Niemand kennt mehr Schwulenwitze als er.

Georg sagt, dass Homosexualität in Polen nie ein öffentliches Thema war. Die Schwulen versteckten sich, weil sie von der Gesellschaft geächtet wurden. Es war ein stiller Hass, der nur zum Ausbruch kam, wenn die Homosexuellen es wagten, sichtbar zu werden. Mitte der 80er-Jahre zum Beispiel versuchten etwa zwanzig Homosexuelle, in Warschau einen Verband zu



gründen. Sie wurden von der Polizei verhaftet und eingeschüchtert.

Ab 2001 gab es in Warschau die ersten Schwulenparaden. Ein Jahr später wurde Lech

„Ernstzunehmende Leute reden auf einmal so, als würde ein Heer von Schwulen vor Warschau stehen."

Kaczynski Bürgermeister der Stadt. „Der erkannte sofort, welches Potenzial in diesem Thema steckt. Schwule sind nicht organisiert, niemand kennt sie. Eine ideale Zielscheibe." 2004 fanden in Warschau Bürgermeisterwahlen statt. Kaczinsky machte einen Test. Er verbot eine Schwulenparade im Namen der öffentlichen Moral und Ordnung und sagte ein paar diskriminierende Sätze. Seine linken Widersacher hielten dagegen, pochten auf die demokratischen Rechte. Kurze Zeit später wurde Kaczynski triumphal wiedergewählt. „Da wusste er, wenn das in Warschau klappt, dann klappt das erst recht auf dem Land. Und dann ging es richtig los."

Georg sagt, dass die Kaczynskis es perfekt beherrschen, Dinge durch bloße Ankündigungen in Bewegung zu bringen. „Sie sagen, dass sie die Todesstrafe einführen wollen, aber sie wissen, dass das nie passieren wird. Es genügt, so etwas zu sagen. Es ist ein Signal." So ähnlich laufe es auch mit den Homosexuellen. „Es wird keine Umerziehungslager geben. Es reicht, den Leuten klar zu machen, dass es richtig ist, etwas gegen Schwule zu tun. Der Rest passiert von allein."

Georg kann das in seinem Ministerium beobachten. Die Schwulen-Kampagne hat die Stimmung verändert. „Ernstzunehmende Leute reden auf einmal so, als würde ein Heer von Schwulen vor Warschau stehen." Die Polizei wird angewiesen, die Homosexuellen verstärkt zu beobachten und im Bedarfsfall restriktiv vorzugehen. Es gibt den Beschluss, den bekannten Warschauer Club „Le Madame" zu schließen, weil dort angeblich schwule Orgien stattfinden. Dass „Le Madame" gar kein Schwulenclub ist, interessiert nicht. „Es klingt irgendwie schwul, das reicht", sagt Georg.

Die Kampagne hat sich längst verselbstständigt. In einer Umfrage zählen die polnischen Bürger Homosexuelle zu den zehn größten Gefahren, die dem Land drohen. Kindergärtnerinnen

sagen, dass ihre Kleinen ein neues Schimpfwort verwenden. Vor ein paar Jahren sagten sie noch „Jude", wenn sie etwas wirklich Gemeines äußern wollten. Jetzt rufen sie „Schwuler". Eine Zeitung in Krakau, die seit Jahren Werbung für ein schwules Café in der Stadt macht, weigert sich, weitere Anzeigen zu schalten. „Es ist jetzt einfach eine andere Zeit", lässt die Verlagsleitung mitteilen.

Die Anti-Schwulen-Propaganda verfängt vor allem bei denen, die sich als Opfer der rasanten gesellschaftlichen Umwälzungen sehen. Menschen, die das Gefühl haben, nicht mehr mitzukommen, abseits zu stehen. Ihnen bieten die Kaczynski-Brüder ein neues Wir-Gefühl. Eine Rückbesinnung auf Religion und Tradition, auf alte Werte, die das Neue erträglicher machen. Das Wir-Gefühl wird verstärkt durch die Ausgrenzung von anderen. Man braucht die Schwulen, um sich der eigenen Identität zu versichern.

In der Stadt Poznan wurde eine Demonstration von Homosexuellen verboten. Die Ratsherren von der Kaczynski-Partei erklärten, die Demonstranten wollten „Abartigkeiten wie Pädophilie, Sodomie und Nekrophilie propagieren". Die Organisatoren der Demonstration reichten Klage wegen übler Nachrede ein. Das Posener Stadtgericht stellte fest, es habe sich um keine Beleidigung gehandelt, „da auch die öffentliche Meinung Homosexualität mit den genannten sexuellen Neigungen gleichsetzt".

Szymon Niemiec wohnt in einer kleinen Wohnung im ersten Stock eines Warschauer Plattenbaus. Er hat die öffentliche Meinung kennen gelernt, weshalb er seit zwei Jahren Eisengitter vor den Fenstern hat. Einhundertzwanzig Mal wurde seine Wohnung von Schlägerbanden angegriffen. Sie standen unten im Hof und riefen „Schwule in die Gaskammer". Sie warfen Steine und einmal sogar einen Molotow-Cocktail. Sie haben ihm aufgelauert, haben ihn zusammengeschlagen und auf ihn geschossen. Szymon Niemiec ist ein schmaler Mann mit ruhigen, braunen Augen. „Ich bin stark und auch ein bisschen verrückt, deshalb kann ich das überleben", sagt er.

Vor ein paar Jahren sagten sie noch „Jude", wenn sie etwas wirklich Gemeines äußern wollten. Jetzt rufen sie „Schwuler"

Im Sommer 1998 ist Szymon Niemiec berühmt geworden. Er arbeitete als Reporter bei einer Warschauer Kulturzeitschrift und wurde von seinem Chef losgeschickt, weil es eine Demonstration von Homosexuellen vor dem Rathaus geben sollte. Als er dort ankam, sah er eine große Gruppe von Reportern, die sich um zwei Männer drängte. Die Männer waren vermummt und trugen Schilder um den Hals, auf denen ihre Berufe standen. Szymon Niemiec kam mit ihnen ins Gespräch. Sie fragten ihn, ob er es richtig fände, dass Schwule in Polen diskriminiert werden. In diesem Moment passierte etwas mit ihm. Er spürte, dass er handeln muss, dass es nicht möglich ist, einfach nur seinen Job zu machen. Also stellte er sich zu den beiden und sagte, dass auch er schwul ist.

Am nächsten Tag war sein Foto in allen Zeitungen. Es war das erste öffentliche Coming Out eines polnischen Homosexuellen. Szymon Niemiec wurde in Fernsehsendungen eingeladen, die Illustrierten brachten große Geschichten. Er war eine Attraktion geworden.

Aber es erging ihm wie allen, die sich offen bekennen. Er verlor seine Arbeit, seine Freunde. Und er wurde zur Zielscheibe der Schläger. Er hat versucht, seinem Bild zu entkommen, abzutauchen, unsichtbar zu werden. Aber das hat nicht funktioniert. „Alle kannten mich, alle wussten von meiner Geschichte. Auch die Schwulen erwarteten, dass ich etwas tue." Er kam nicht mehr heraus aus der Rolle. Irgendwann ergab er sich seinem Schicksal. Er beschloss zu kämpfen, für sich und für die anderen. 2001 organisierte er den ersten Christopher Street Day in Warschau. Er wurde Chef des Schwulenverbandes. Seitdem hat er nicht mehr aufgehört zu kämpfen. Er sagt, dass es nicht nur um die Rechte der Homosexuellen geht, sondern um die Demokratie an sich. Dass ein Land nicht gleichzeitig in der Europäischen Union und im Mittelalter sein kann.

Heute ist Szymon Niemiec 28 Jahre alt. Er sagt, dass er müde ist. Der Arzt hat ihm geraten, sich zu schonen. Der Körper wehrt sich gegen die ständige Angst. Er will nicht mehr der Vorzeige-Schwule sein, er will sein Leben zurückhaben.

Am Abend geht er in einen illegalen Schwulenclub unter einer alten Markthalle. Er tanzt wie ein Teufel. Das hilft manchmal. Später in der Nacht findet ein Karaoke-Wettbewerb statt. Der Sieger ist ein schlaksiger Junge aus Krakau. Er soll für das Internetmagazin Gaylife fotografiert werden. Aber der Junge will nicht. Er hat Angst.

No freedom from confusion

Das polnischen IMC nach dem Tod von Karel Wojtyla

In der letzten Ausgabe unseres Heftes (#1, Seite 12) haben wir unter dem Titel NO FREEDOM FROM RELIGION einen Bericht von Laure aus Warschau veröffentlicht, in dem sie über die Berichterstattung und den schon fast ausnahmestandsähnlichen und hysterischen Zuständen in der polnischen Gesellschaft, anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II., berichtete. Ein wichtiger Teil ihres Berichtes war ein sehr emotionaler Vorwurf gegen Indymedia PL, einen von ihr geposteten papstkritischen Bericht unterschlagen bzw. zensiert zu haben.

Mit der Veröffentlichung von Laures Text war natürlich klar, dass wir andererseits auch die Beschuldigten, das IMC PL, zu diesen Vorwürfen befragen würden. Uns ging es jedoch hierbei weniger um eine Aufdeckung eines Skandals in alternativen Medien, als um die Beleuchtung der speziellen Situation in Polen zu diesem Zeitpunkt.
Wir haben uns kurz danach mit den entsprechenden Leuten in Verbindung gesetzt und waren erstaunt, wie viel Resonanz vom IMC PL zu den Vorwürfen kam.
Dies bedeutete jedoch nicht, dass der Sachverhalt leicht zu erklären gewesen wäre. Umso mehr Antworten von den einzelnen IMC-Leuten wir aus Warschau bekamen, umso komplizierter schien der das Ganze zu werden.
Einmal sollen es technische Probleme, ein anderes Mal eine politische Entscheidung gewesen sein oder es war einfach nicht bekannt, wer aus welchen Gründen diesen Beitrag von der Veröffentlichung fern gehalten hat.
Weiterhin wird auch auf eine Kommunikation mit Laure verwiesen, bei der man meinte alle Unstimmigkeiten ausgeräumt zu haben. Es wird angemerkt, dass in vor nicht all zu langer Zeit ein Journalist, für einen weit weniger radikalen text, wegen „Verletzung religiöser Gefühle" verurteilt wurde. Ein Artikel wie dieser, könnte somit einen leichten Grund liefern die polnische IMC-Seite einfach abzuschalten. Als Laure sich dann über die Zensur ihres Artikels beschwerte, hätten die IMC-Leute sie in diesem Zusammenhang gefragt, ob sie auch bereit wäre zu helfen, wenn es Ärger gibt; falls es z.B. dazu kommt, Strafen zahlen zu müssen. Nach Angaben der IMC-Leute, sind es in Polen nämlich die Veröffentlichenden, die einen Text verantworten und nicht der/die AutorIn. Auf diese Hinweise habe Laure leider nicht geantwortet.
Zwei Tage vor der Beerdigung des Papstes muss es eine Art Ausnahmezustand im IMC-PL gegeben haben. Aufgrund einer Unmasse von postings, die als *beschissen* und *schwachsinnig* beschrieben werden und meist nicht rechtzeitig entfernt werden konnten, da einfach zu wenig Leute anwesend waren, entschlossen sich die Anwesenden die Möglichkeit Artikel und Kommentare zu posten für 24h zu blockieren, was sich natürlich negativ für beide Seiten – die Papst-Fans und seine KritikerInnen - auswirkte.

Wir wollen diesen Konflikt hier nicht in allen Einzelheiten zerpflücken. Letztendlich ging es uns eh um die besonderen Widrigkeiten unter denen eine kritische Berichterstattung in diesem Fall zu leiden hat. Interne Konflike in linken Strukturen Warschaus ans Licht zu zerren und damit noch zu verschärfen, sollte nicht unser Anliegen sein. Schlimm genug auch für uns, dass wir mit dem Thema „Papsttod" der Aktualität weit hinterher hinken. Wir fanden es jedoch, trotz unseres stark verspäteten Erscheinens, immer noch wichtig darauf einzugehen und die Leute von IMC PL zu Wort kommen zu lassen.

Was ist Indymedia?
http://de.wikipedia.org/wiki/Indymedia

Braun gegen Orange

Von UTE WEINMANN aus Moskau in der jungle world # 38/ 2005 (der Text wurde zu großen Teilen mit Utes aktuellerem Artikel „White Russian" ergänzt)

Die Antifaszene in St. Petersburg steht noch immer unter Schock. Am 13. November machte sich eine Gruppe nach ihrer üblichen sonntäglichen Aktion unter dem Motto »Food Not Bombs« im Zentrum der Stadt auf in ein Café. Nur zwei der Antifas blieben einen kurzen Moment vor dem Eingang zurück. Dort wurden sie von acht bis zwölf Skinheads angegriffen. Wenige Minuten später starb der 20 Jahre alte Punkmusiker und Antifaschist Timur Katscharawa an gezielten Messerstichen in den Hals. Sein Freund Maksim Zgibaj musste über zwei Wochen lang im Krankenhaus behandelt werden.

Die Angreifer hatten die Gruppe offenbar seit geraumer Zeit verfolgt. Sie kannten die Treffpunkte der Antifas genau und machten auch in der Vergangenheit keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegen die kleine antifaschistische Szene in der Stadt. Freunde erinnern sich, dass Timur Katscharawa bereits einmal mit Tränengas angegriffen wurde.

Nun laufen die Ermittlungen gegen seine Mörder. Die Verdächtigen sollen zwischen 17 und 20 Jahren alt sein. In diversen Internetforen behaupteten einzelne Neonazis, es habe sich um eine Racheaktion gehandelt, da angeblich unlängst infolge einer Schlägerei mit Antifas ein Rechtsextremist getötet worden sei. Doch niemand kann dies bestätigen.

Die als westlich und weltoffen gepriesene Metropole St. Petersburg nimmt in Russland in der Statistik rassistischer Übergriffe mit Todesfolge längst einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Im Herbst 2005 starb der kongolesische Student Rolan Eposak an den schweren Verletzungen, die ihm wenige Tage zuvor auf der Straße von einer Gruppe Unbekannter zugefügt worden waren. Die Polizei erklärte inzwischen, die Personalien der Verdächtigen seien festgestellt, es handele sich keinesfalls um einen rassistischen Mord. Der Rektorenrat der Petersburger Universitäten sprach von einem »tragischen Zufall«. Solche Reaktionen sind die Regel, wie in westlichen Ländern auch.

Um einen Zufall wird es sich indes kaum gehandelt haben. Rassistische Straftaten gehören in Russland zum Alltag, neben Angehörigen verschiedener kaukasischer Nationalitäten sind immer häufiger Menschen aus afrikanischen Ländern, Vietnam und China davon betroffen. Im Jahr 2003 wurden 20 solcher Morde verzeichnet, 2004 waren es nicht weniger als 44. 2005 war Eposak das elfte Todesopfer.

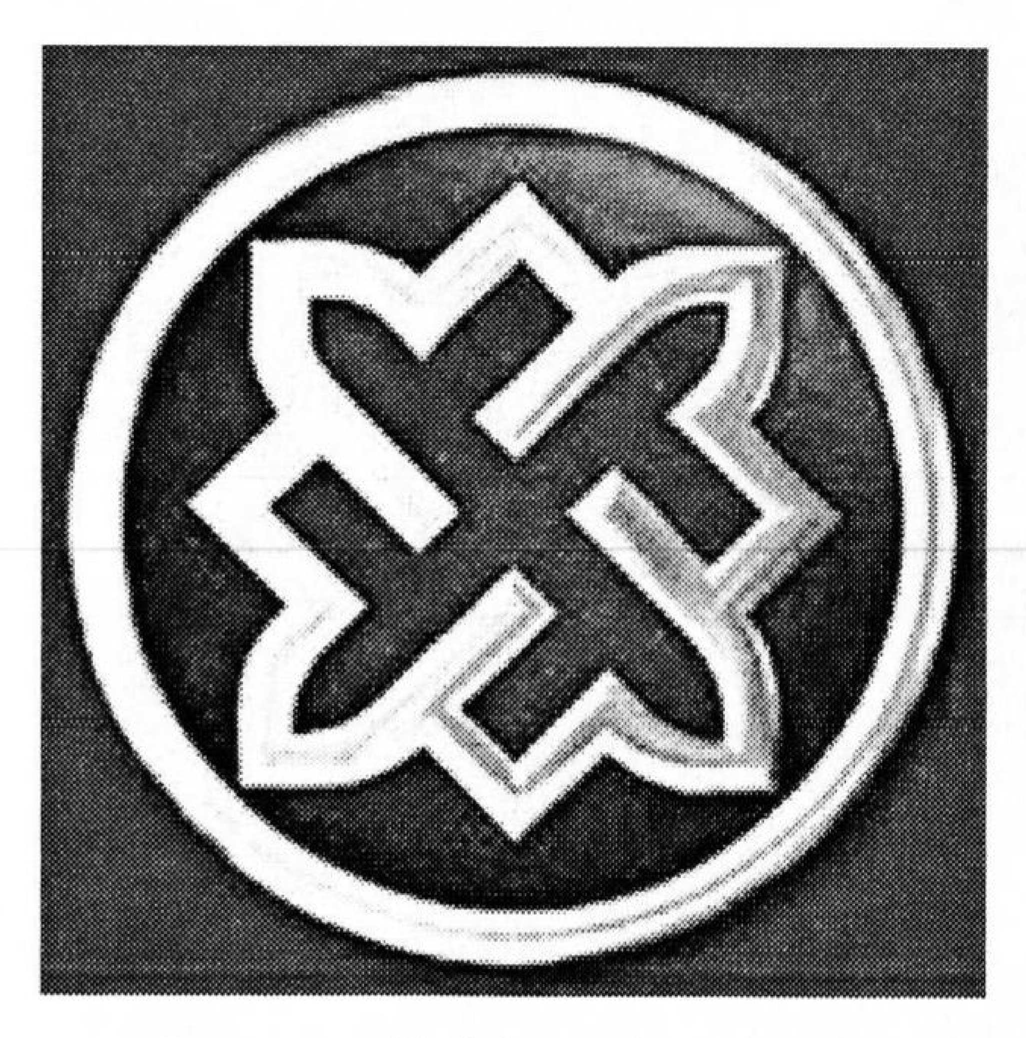
Vor rechtsextremer Gewalt geschützte Räume sind praktisch nicht vorhanden. Studierende mit »nicht russischem« Aussehen können sich selbst auf dem Campus der Moskauer Universität für Völkerfreundschaft nicht sicher fühlen. Wer sich zur Wehr setzt, muss bisweilen sogar mit strafrechtlichen Konsequenzen und einer verzerrten Berichterstattung rechnen. So wurde vor kurzem ein Übergriff auf eine Gruppe afrikanischer Studenten in St. Petersburg von einigen Medien kurzerhand in einen gezielten Angriff einer mit Eisenstangen bewaffneten Gruppe von Ausländern auf russische Passanten umdefiniert. Das russische Volk als ewiges Opfer fremdländischer Machenschaften – dieses Weltbild hat sich in den vergangenen Jahren wieder verbreitet.

Studierende mit »nicht russischem« Aussehen können sich selbst auf dem Campus der Moskauer Universität für Völkerfreundschaft nicht sicher fühlen

In mindestens 200 weiteren Fällen verliefen die Übergriffe glimpflicher, aber man muss davon ausgehen, dass längst nicht alle Angriffe in der Öffentlichkeit bekannt werden. Im Unterschied zu den Vorjahren reagierten die Gerichte mit härteren Strafmaßnahmen. Sie verhängten bis 19 Jahre Haft, und auch die Häufigkeit von Verurteilungen hat zugenommen. Doch gilt in der Regel, dass die Miliz erst im Todesfall

Ermittlungen in die Wege leitet, so dass viele Überfälle erst gar nicht vor Gericht kommen.
Bei den Tätern handelt es sich meist um rechtsextreme Skinheads, deren Ideologie sich nicht selten an deutschen Nazivorbildern orientiert. Das russische Innenministerium beziffert ihre Anzahl auf etwa 10.000, anderen Schätzungen zufolge gibt es in Russland mittlerweile über 50 000 Skinheads. Sie sind östlich des Urals eine eher seltene Erscheinung, im europäischen Teil Russlands dagegen bleibt kaum eine Stadt von ihnen verschont. Der Großteil der Skins ist jedoch im Moskauer Umland und in St. Petersburg ansässig.
Obwohl die Justiz härter auf rassistische Gewalttaten reagiert, gibt es weiterhin Verbindungen zu Angehörigen des Staatsapparats und von ihm beeinflussten Organisationen. Viele Skinheadgruppen agieren unabhängig von den einschlägigen rechtsextremen Parteien und Verbindungen. Dies zumindest behauptet die Miliz, allerdings gibt es regionale Unterschiede. In Städten mit sichtbaren Parteiaktivitäten stellen Verbindungen zwischen der Russischen Nationalen Einheit (RNE) und Skins die Norm dar.
Die RNE wurde lange Zeit von Kräften aus dem Innenministerium und dem Inlandsgeheimdienst FSB gesteuert. Dadurch entstanden interne Querelen, die zur Abspaltung von zwei Gruppen führten. In Woronezh, einer der rechten Hochburgen im Süden Russlands, konnten anschließend sowohl die RNE des alten Anführers Aleksandr Barkaschow als auch eine der neuen Gruppierungen Zulauf von Skinheads verzeichnen. Zwar ist deren Tätigkeit in der Stadt und im Umland offiziell inzwischen verboten, Übergriffe auf ausländische Studenten nehmen dennoch nicht ab.

Beobachter aus dem ebenfalls im Süden gelegenen Krasnodar berichten davon, dass sich zwar minderjährige Skinheads selten von Parteien angezogen fühlen, politisch ambitionierte Skins mit Erlangung der Volljährigkeit jedoch meist in die Rechtsradikale Nationale Volkspartei, die Nationalbolschewistische



Zeichen der Vereinigten Russischen Nationalen Bewegung

Partei, die RNE oder eine ihrer Abspaltungen eintreten.
In Wolgograd, wo es bislang keiner rechten Partei gelungen ist, Fuß zu fassen, dürfen Naziskins ungehindert und mit Wissen der Miliz Bücher verbrennen, und zwar auf dem Mamajew Kurgan, dem zentralen Ort des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg, wo es der Roten Armee gelungen war, die Wehrmacht zurück zuschlagen. In einigen Städten kam es in letzter Zeit zu mißglückten Anschlägen auf Synagogen.

Bei den Tätern handelt es sich meist um rechtsextreme Skinheads, deren Ideologie sich nicht selten an deutschen Nazivorbildern orientiert

Zu den Opfern rechtsextremer Schläger gehören außerdem auffällige Angehörige diverser Subkulturen, darunter Liebhaber von Rapmusik, Punks oder einfach Jugendliche mit antinationalen Aufschriften auf T-Shirts. Betroffen sind einschlägige Clubs und Veranstaltungsorte. Anfang September etwa griffen Skins in Moskau Besucher eines Rockkonzertes mit Molotowcocktails und Tränengas an.
In Pensa kam es auf einem Konzert zu einem Massentumult, als sich einige Hippies empört gegen den Hitlergruß eines Konzertbesuchers wehrten. Unerwarteterweise schlug sich eine im Konzertsaal anwesende Gruppe Krimineller auf die Seite der Hippies. Sie soll diesen angeboten haben, die Skins umzubringen, damit endlich Ruhe herrsche. Deren Wohnadressen seien ihnen bekannt. Die Hippies haben das Angebot nach eigenen Aussagen ausgeschlagen, allerdings ist nicht zu leugnen, dass rechtsextreme Strukturen oft dort eingedämmt werden können, wo andere militante Gruppen dominieren. Dabei handelt es sich jedoch in den seltensten Fällen um Antifaschisten.
Militante oder paramilitärische Einheiten werden jedoch nicht allein von den häufig mit westlichen Accessoires ausgestatteten Skinheads gebildet. Auch der Slawische Bund ruft seine Mitglieder zur Bewaffnung und Gründung von Bürgerwehren auf. Dem Aufruf schloss sich im April die »Bewegung gegen illegale Immigration« an, die in Kleingruppen, bestehend aus je fünf Personen und einem PKW, operiert. Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen.
Die russische Rechte gerät jedoch nicht mehr allein durch rassistische Übergriffe in die Schlagzeilen. Skins bilden nicht selten die Kerngruppe militanter Fußballfans, und sie agieren als Schlägereinheiten und Wach-

schutz im Auftrag der neuen Putin-Jugend, der Naschi (»die Unsrigen«). Deren Hauptfeind sind oppositionelle Jugendgruppen, ein 17jähriger starb Anfang des Monats in Uljanowsk nach einem Angriff.
Von dieser gesellschaftspolitischen Tendenz profitiert die organisierte Rechte auf allen Ebenen. Allen voran sei hier die »Bewegung gegen illegale Immigration« (DPNI) genannt. Sie wurde im Sommer 2002 gegründet und macht durch zahlreiche Kundgebungen und ihre fremdenfeindlichen Kampagnen auf sich aufmerksam.
Im November erlangte sie eine größere Aufmerksamkeit in den Medien. Seit diesem Jahr hat der 4. November den 7. November, den Tag der Oktoberrevolution, als Feiertag abgelöst. Gehuldigt wird nun nicht mehr der Revolution, sondern dem Umstand, dass an jenem Tag im Jahre 1612 angeblich die »polnischen Eindringlinge« aus dem Kreml verjagt worden seien. Der historische Zusammenhang ist fragwürdig. Aber eine Tatsache ist es, dass am 4. November allein in Moskau etwa 3.000 Rechtsextreme unter der Führung der DPNI und einer Reihe anderer dem rechten Spektrum zugehörigen Parteien und Organisationen, wie etwa der »Nationalen Großmachtspartei« oder der »Union orthodoxer Bürger«, aufmarschierten und dem Feiertag so eine eindeutige Ausrichtung verliehen.
Erstmals trat der bislang eher im Hintergrund agierende Vorsitzende der DPNI, Aleksandr Below, vor einem großem Publikum auf. Below beklagt sich über den Mangel an geeigneten Kadern und präsentiert ein gangbares Lösungsmodell. Eine eigene Partei sei nicht möglich und zudem unnötig. Die DPNI wolle stattdessen die Ressourcen der



Staatsmacht zur Infil-tration von Machtstrukturen nutzen. Anhänger der Bewegung seien in führenden Positionen sowohl in der Partei »Einiges Russland« wie auch in der neuen Putinjugend »Naschi« (Unsere) vertreten. Bei den Wahlen zur Moskauer Duma am 4. Dezember unterstützt sie einzelne Kandidaten der Kommunistischen Partei Russlands und der Partei »Rodina« (Heimat).
Am 7. September 2005 wurde außerdem die »Anti-orangene Jugendfront« gegründet, ein Zusammenschluss zahlreicher Jugendorganisationen aus Russland und anderen GUS-Staaten unter Leitung Alexander Dugins, des Mitbegründers der Nationalbolschewistischen Partei. Mit von der Partie sind der Baschkirische Jugendbund, der sich als Filiale der türkischen Grauen Wölfe definiert, die ukrainische Bruderschaftspartei und der Tatarische Jugendbund Azatlyk (»Freiheit«).
Die Massenbewegung, die im vergangenen Jahr in der Ukraine gegen den autoritär regierenden Präsidenten Leonid Kutschma protestierte und zum Regierungswechsel beitrug, hatte sich die Farbe Orange zum Symbol gewählt. Das Bündnis der »Jugendfront«, dem etwa 25 000 Jugendliche angehören, soll ein ähnliches Szenario in Russland verhindern, wenn nötig mit militanten Mitteln.
Angesichts des wachsenden rechten Einflusses in politischen Strukturen und auf der Straße beginnt die liberale Öffentlichkeit zu protestieren. Für den 27. November, gleichzeitig zu geplanten Aktionen der DPNI, wurde in Moskau eine antifaschistische Demonstration angemeldet – und prompt verboten. Die Moskauer Bevölkerung werde die Störung des Straßenverkehrs nicht dulden, hieß es lapidar aus der Stadtverwaltung. 250 Menschen versammelten sich trotzdem, über 70 Personen nahm die Miliz vorübergehend fest.

Unterirdische Vulkane

RUMÄNIEN - Nationalismus als kollektive Ersatzidentität - von JAN KONEFFKE

Ende September war im rumänischen Fernsehen eine Sendung zum Thema „Homosexualität“ angekündigt - die Mario-Tuca-Show, dafür bekannt, heiße Eisen anzupacken. Nun sollte keiner glauben, dass Tuca, der mit seinen Hosenträgern entfernt an Larry King erinnert, Homosexuelle dazu eingeladen hätte. Niemand würde es im Karpatenland wagen, sich öffentlich zur Homosexualität zu bekennen. Anlass für die Sendung war die Forderung der EU an die rumänische Regierung, den Paragraphen, der Homosexualität unter Strafe stellt (wenn sie - wie es formuliert ist - ein „öffentliches Ärgernis“ darstellt), zu liberalisieren. Tuca hatte also „Experten“ gebeten: Zwei Politiker, einen Psychologen, einen Politologen und einen Priester der orthodoxen Kirche.

Die Runde mochte unverdächtig sein - das Thema war es nicht. Prompt war der Ton gestört, als Mario Tuca um 22:30 Uhr auf dem Bildschirm erschien. Ein langer Werbeblock wurde eingeblendet, und erst mit einer Viertelstunde Verspätung konnte die Sendung beginnen. Er habe sich an technische Probleme schon gewöhnt, bemerkte Tuca lakonisch, sie träten immer dann auf, „wenn die Redaktion wieder ungehorsam war.“

Was folgte, geriet zum Lehrstück über die rumänische Gesellschaft. Sowohl der Vertreter der bürgerlichen Regierung als auch die Vertreterin der ex-kommunistischen Opposition wollten keine Stellung zum Thema Homosexualität beziehen. Beide wußten schließlich sehr gut, ein Plädoyer für die Liberalisierung des Sexualstrafrechts würden die Wähler nicht honorieren. Also wurde die EU für eine Gesetzesänderung verantwortlich gemacht, die im Lande keiner will.

Schon gar nicht der orthodoxe Priester, der die Unnatürlichkeit gleichgeschlechtlicher Liebe anprangerte. 2000 Jahre lang habe niemand über Homosexualität gesprochen, warum man denn heute dazu gezwungen sei? Den Einwand des Politologen, auch im Tierreich gebe es Homosexualität, und schon die alten Griechen hätten das Thema erörtert, konterte der Priester schlicht: In der Antike sei es aber nicht um gesetzliche Regelungen gegangen.

Der Nationalkommunist hatte die elementaren Bedürfnisse seines Volkes nicht befriedigt. Das nationalistische Bedürfnis befriedigte er

Sich auf 2000 Jahre Geschichte zu berufen, das ist in Rumänien beliebt und hat sich auch nach dem Sturz Ceausescus keineswegs erledigt. Der Nationalkommunist hatte die elementaren Bedürfnisse seines Volkes nicht befriedigt. Das nationalistische Bedürfnis befriedigte er. Schon sein Vorgänger Gheorghiu-Dej wies die sowjetischen Truppen aus dem Land. Und Ceausescus Weigerung, sich an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 zu beteiligen, verdankte sich keiner etwaigen Sympathie mit den tschechoslowakischen Reformern. Damit verteidigte Ceausescu das Prinzip der staatlichen Souveränität gegen die Einmischung von außen - und sei es die der sozialistischen „Bruderländer“.

Die Rumänen verweisen auf die Daker und Römer als ihren Ursprung, also auf eine 2000jährige Geschichte. Schließlich können sie auch die romanische Sprache ins Feld führen. Wer in Bulgarien war, hat allerdings von seinen dortigen Gesprächspartnern erfahren, dass die Rumänen vor 200 Jahren noch keine eigene Schriftsprache besessen, sondern Bulgarisch geschrieben hätten. Richtig ist, dass sich - aufgrund des Gebrauchs kyrillischer Schriftzeichen in der orthodoxen Kirche - die rumänische Sprache lange Zeit der kyrillischen Zeichen bediente.

Mag der Sozialismus auch verschwunden sein - der „kläglich gescheiterte“ rumänische Alltag ist es nicht. Zermürbend sind die Erfahrungen mit einer aufgeblasenen Bürokratie, die effektive Verwaltungsleistungen

verhindert. Das selbstherrliche Verhalten der Beamten spiegelt die feudale Willkür des untergegangenen kommunistischen Systems. Oft hilft nur Bestechung, um einen Vorgang überhaupt auf den Weg zu bringen. Es mangelt an demokratischen Strukturen ebenso wie an einem gesellschaftlichen Kodex. Wenn politische Klasse und Verwaltung korrupt sind, wird man sich nicht ausgerechnet auf dem freien Markt an Regeln halten. Vorteilsnahme und Betrug sind an der Tagesordnung, etwa der Verkauf unverkäuflicher, nämlich einem Restitutionsverfahren unterworfener Wohnungen. Wer ein solches Etablissement nichtsahnend erwirbt, erlebt eine böse Überraschung, wenn plötzlich der Alteigentümer vor der Tür steht.

Nicht zuletzt ist es Unsicherheit, die mit dem zäh verlaufenden Strukturwandel einhergeht. In einer konservativen Gesellschaft wie der rumänischen wiegt diese Unsicherheit um so schwerer. Mit der vagen Aussicht auf westlichen Wohlstand ist sie nicht zu bannen, zumal sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit stetig verschlechtert haben. Der Nationalismus bietet sich dem seiner Identität beraubten Individuum als kollektive Ersatzidentität an - und mag er auch noch so abstrakt sein. Eher gereicht ihm die Abstraktion zum Vorteil, da er ja nicht an den konkreten Lebensbedingungen gemessen werden kann.

Vorgaben der EU-Kommission zu Gesetzesreformen wie im Falle des Homosexuellen-Paragraphen stoßen auf Unverständnis. Die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse, die der Westen durchlaufen musste, um sein Sexualstrafrecht zu liberalisieren, hat die rumänische Gesellschaft allenfalls vor sich. So werden Forderungen des Westens nicht selten als Fremdbestimmung empfunden, zumal die politische Klasse feige genug ist, sich hinter den Bedingungen für einen EU-Beitritt zu verstecken. Der Reichtum des Westens lockt - aber das Prinzip des gemeinsamen Binnenmarktes ist bis heute nicht verstanden worden. Anders ist nicht zu erklären, warum die Länder der Region weit davon entfernt sind, miteinander zu kooperieren. Mag die bulgarische Regierung, wie erst kürzlich, das Nachbarland im Norden auffordern, zusammen eine zweite Brücke über die Donau zu bauen - in Rumänien wird das ausschließlich als schlauer Versuch der Bulgaren gedeutet, sich bessere Verkehrswege nach Westen zu erschließen. Dass der Handel zwischen den beiden ebenfalls davon profitieren könnte, kommt niemandem in den Sinn. Jeder der Balkanstaaten bemüht sich gegeneinander, bevorzugter Verhandlungspartner der EU zu werden.

Jeder der Balkanstaaten bemüht sich gegeneinander, bevorzugter Verhandlungspartner der EU zu werden

Der Nationalismus entspricht nicht nur einem Bedürfnis. Er verfolgt auch Zwecke, verspricht nicht nur scheinbare Superiorität über die Nachbarvölker, sondern auch über die Minderheiten im eigenen Land. Zu einem Skandal kam es jüngst anlässlich der Ausstrahlung eines Films über die ungarische Minderheit in Rumänien. In einer an schlie ßenden Debatte mit zwei Journalisten wurde der Streifen als Propaganda gebrandmarkt. Als ob die Ungarn auch heute noch derselben Repression ausgesetzt seien wie zu Ceausescus Zeiten, erregte man sich. Empörung rief hervor, dass der Film nicht nur von den befreundeten Franzosen (und aus EU-Kassen) finanziert wurde, sondern auch im Fernsehkanal TV 5, der in allen frankophonen Ländern zu empfangen ist, mehrfach gesendet wurde. Man verstieg sich gar zu der Auffassung, der Film erziele den selben Effekt wie bei der Kosovo-Berichterstattung, so dass sich die NATO am Ende berechtigt sehe, Rumänien zu bombardieren.

Diese Vorstellung belegt ebenso viel Hysterie, wie sie die verdrängte Brisanz des Konflikts offenbart. Bezeichnend jene auf der Straße befragte Frau, die sagte: „Bisher dachte ich, dass die Rumänen und die Ungarn sehr gut zusammenleben." Bisher - drohend schwingt in der Bemerkung mit: Wir können auch anders! So hat der Bürgermeister von Temeswar alle Parkbänke in den rumänischen Nationalfarben streichen lassen, eine Provokation für die ungarische Minderheit der Stadt. Wie sollte das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit auch anders sein, wenn die verbreitete Meinung lautet, die Rumänen seien ein 2000jähriges Kulturvolk, während die Ungarn „erst" 800 Jahre später als „barbarisches Reitervolk" der Hunnen in die Region eingefallen seien.

Die Identität stiftende Ausgrenzung richtet sich nicht nur gegen Ungarn und Zigeuner, sondern auch gegen die wenigen im Land verbliebenen Juden. Der sozialdemokratische Spitzenpolitiker Petre Roman hat keine Chance, zum Präsidenten gewählt zu werden. Nicht, weil sein Vater nach dem Krieg die Securitate aufbaute, sondern weil er Jude ist. Der Dichter Mircea Dinescu steht jedenfalls sehr allein da, wenn er dem rumänischen Volk („das ja keineswegs reinrassig ist") empfiehlt, mit der Wahl

Romans Reife zu beweisen. Dabei geht es Dinescu nicht um Symbole. Er schätze Petre Roman als pragmatischen Politiker, äußerte er in einer Fernsehsendung. An Pragmatismus aber mangele es der politischen Klasse im Land entschieden.

Wer die von den Abrissbaggern Ceausescus nicht ereilten Altstadtviertel Bukarests durchstreift, hat sehr bald das Gefühl, sich in einem zu Stadtgröße aufgeblasenen Dorf zu befinden. Da bildet der Pferdekarren des Alteisen sammelnden Zigeuners, dem man begegnet, nur den pittoresken Hintergrund. Wenn Bukarest in der Zwischenkriegszeit als Klein-Paris bezeichnet wurde, war das nie mehr als ein Mythos. Das zu Wohlstand gekommene Bürgertum träumte den Traum der gelingenden Modernität. Aber das Versprechen machte nicht nur geographisch an den Stadtgrenzen halt, es war auch zeitlich - in die Vergangenheit und Zukunft - begrenzt. Die Strukturen feudaler Herrschaft, die ländliche Mentalität waren zu stark. Sie erlaubten die Herrschaft des Potentaten Ceausescu, dem seinerseits die bäuerliche Welt verhasst war. Er beraubte sie ihrer Autarkie und Solidarität. Die Kollektivierung trieb viele Bauern dazu, ihre eigene Ernte zu vernichten. So hat sich zwar die bäuerliche Mentalität bis heute erhalten, aber sie ist „bodenlos“. Die traditionellen Werte wurden zerstört, der autoritäre Kommunismus vermochte keine neuen Werte an ihre Stelle zu setzen.

Aufstände wie in Polen und Ungarn oder Reformbestrebungen wie in der tschechoslowakischen KP konnte es in Rumänien nicht geben. So vollzog sich auch der Umsturz von 1989 als - blutige - Farce. Viele Todesopfer gab es in Bukarest unter Jugendlichen, die neugierig auf die Straße liefen, um zu erfahren, was vor sich geht. Eine Einheit der rumänischen Armee sollte den Angriff von angeblichen Terroristen abwehren und wurde auf den Bukarester Flugplatz befohlen. Eine andere Einheit verlegte man zu demselben Zweck aus dem Norden Rumäniens ebenfalls dorthin. Als die Soldaten auf dem Flugplatz landeten, kam es zu Feuergefechten zwischen beiden Truppenteilen. Die Verwirrung war perfekt - und vermutlich Absicht.

Die soziale und wirtschaftliche Misere ist vielfältig. Als im Herbst 1999 heftige Erdstöße aus der Türkei, Griechenland und Taiwan gemeldet wurden, befassten sich die rumänischen Medien auch mit der Bebengefahr im eigenen Land. Die meisten der zwischen den Kriegen und bis in die sechziger Jahre errichteten Häuser Bukarest seien nicht erdbebensicher. Vor allem mehrstöckige Gebäude würden bei einem Beben in der Stärke von 1977 (etwas mehr als 7 auf der Richterskala) unweigerlich zusammenstürzen. Nach dem nächsten Erdstoß, der noch vor dem Jahr 2010 erwartet wird, werde Bukarest ein Schlachtfeld sein. Notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Gebäude bleiben aus. Es fehlt an Geld und der politischen Fähigkeit, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Unterirdische Vulkane bedrohen Rumänien, real und metaphorisch.



Während Ungarn seit 1990 mehr als 22 Milliarden Dollar an Auslandsinvestitionen angezogen hat, sind es für das größere Rumänien gerade einmal vier. „Ein Land der Behinderten“, titelte die Zeitung Adevarul sarkastisch und veröffentlichte ein im Internet kursierendes Photo: „Vier unterernährte Kinder“, lautete die Bildunterschrift, „teilen sich ein Bett im Behindertenheim in Gradinari, 30 Kilometer südöstlich von Bukarest, Mittwoch, 1. September 1999. Die Verwaltung des Heims, das 220 Kinder mit schweren Behinderungen beherbergt, war weder in der Lage die Angestelltengehälter der letzten fünf Monate noch die täglichen Nahrungsmittel zu bezahlen. Beleg der enormen Schwierigkeiten, die die ökonomischen Reformen in Rumänen begleiten.“

An meinem letzten Abend in Bukarest werden im Fernsehen massive Preiserhöhungen für Strom, Telefon, Wasser und Eisenbahnfahrten angekündigt. Meine Gastgeber stehen unverzüglich auf und verschwinden in der Küche, um die Tiefkühltruhe vom Netz zu nehmen.

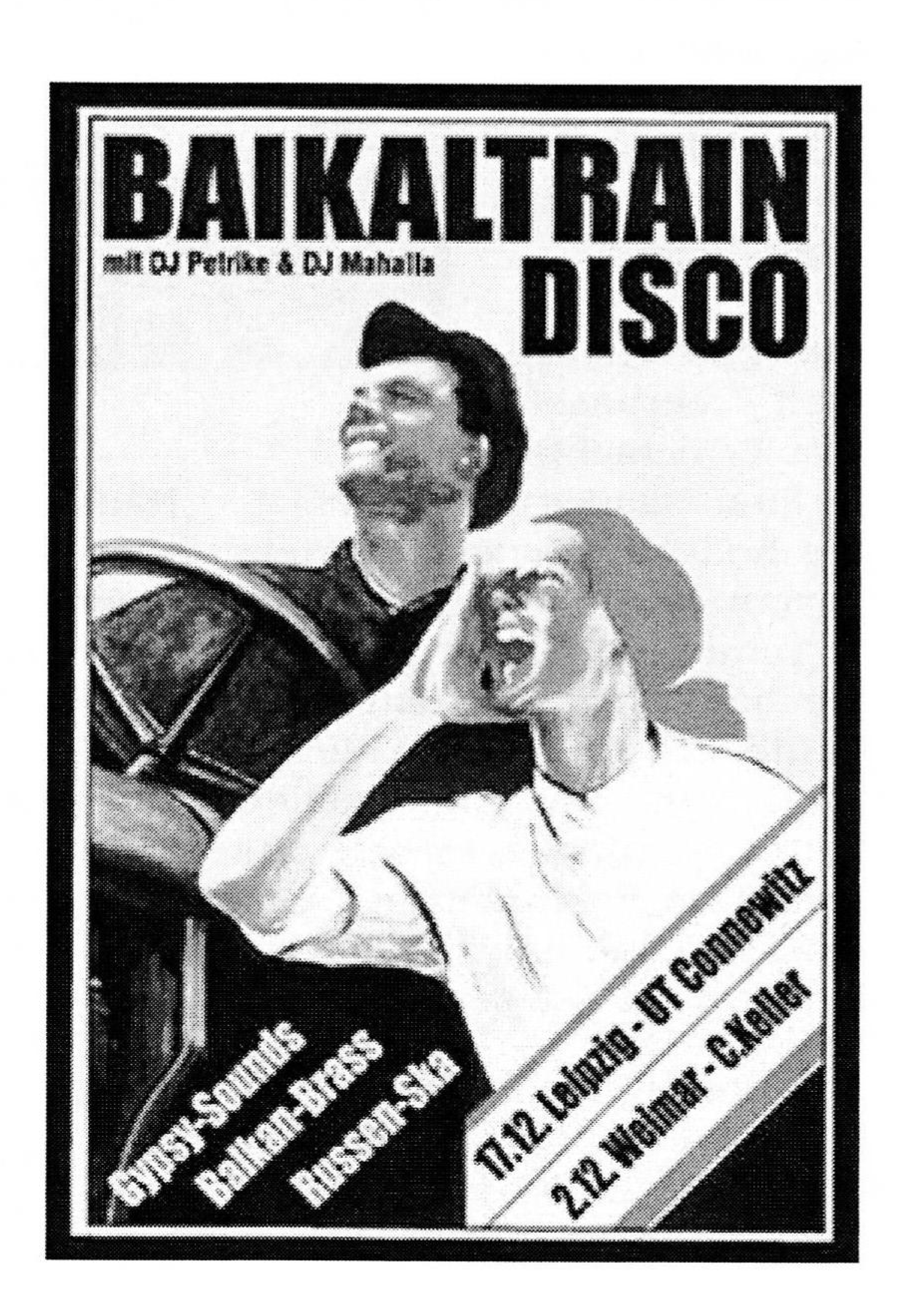
„Hai dăi bataie, DJ Vasile!"

(„Lass rocken DJ Vasile")

Wenn Deutsche Osteuropa feiern, muss es auf jeden Fall volkstümlich sein - von ISELIN

Vielleicht hat sich die/der geneigte Leser/in auch schon einmal gefragt, warum bei den diversen Osteuropa-Partys, die zumindest in Leipzig in schöner Regelmäßigkeit stattfinden, so selten Menschen osteuropäischer Herkunft anzutreffen sind. Mag sein, dass zum Beispiel die Russendisko in Berlin eine rühmliche Ausnahme darstellt, aber ansonsten scheint es durchweg so zu sein, dass sich bei entsprechenden Events so gut wie ausschließlich Deutsche vergnügen.

Dagegen ist erstmal nichts einzuwenden, zumal sie sich in der Regel erfreulich un-deutsch benehmen, wann wäre man sonst schon vor Mitternacht auf eine Party gestoßen, bei der mehr als die Hälfte der Anwesenden am Tanzen ist? Eigentlich eine schöne Sache - wenn man denn nicht den Fehler begeht, recht nüchtern mehr als zwei Stunden auf einem solchen Event zu verbringen. Denn dann nervt die Musik irgendwann ganz gehörig - ist sie doch notwendig traditionell angehaucht und im ewig gleichen Takt gehalten, zu dem die durch Vodka und echtes russisches Bier in Stimmung gebrachte Menge sich stampfend einem halluzinierten *wirklichen* Osteuropa annähert. Dort, wo Frauen mit bunten Kopfüchern Kühe und Gänse über die staubigen Dorfstraßen treiben und alte Männer vor den heruntergekommenen Häusern sitzen und Schwätzchen halten. Wo die Menschen, wie der entwurzelte, an der immer unsicherer werdenden eigenen Position im globalisierten Kapitalismus leidende postmoderne Westeuropäer meint, noch eine richtige Heimat besitzen, nebst anständiger, auf Traditionen und Familie beruhender Identität. Die in deutschen Sälen aufgeführten Reminiszenzen an Dorftänze irgendwo auf dem Balkan oder der Bucovina sind Ausdruck einer Sympathie für den östlichen Teil Europas, die untrennbar an die dort herrschende Armut und Rückständigkeit gebunden ist. Denn nur was „echt" ist und nicht „westlich", findet auf derartigen Veranstaltungen Platz. Der/die nach mehr als drei Stunden Polka und Gypsie-Musik leicht entnervte Besucher/in stößt beim DJ auf taube Ohren, wenn er/sie sich ein wenig modernere Musik wünschen möchte. t.A.T.u. zu spielen, ist kategorisch nicht drin, um Gottes Willen, die tun doch so, als seien sie Lesben, und außerdem ist das doch total schlechte Musik! Durchaus wahr, könnte man sagen, aber trotzdem eine, die für einen großen Teil der russischsprachigen Jugend ein Teil ihres Lebens ist - ein Leben, das sich dann allerdings doch eher in den Straßen Moskaus oder St. Petersburgs abspielt, und mit ganz anderen Problematiken verbunden ist, als das, was deutsche Osteuropa-DJs gerne evozieren. Die auf eine Leinwand projizierten Fotos sprechen Bände, das Lieblingsmotiv scheinen verrottete Autos zu sein, und



natürlich die unvermeidlichen authentischen Osteuropäer mit schlechten Zähnen und abgewetzter Schiebermütze. Auch Desi Slava, deren Musikstil immerhin noch durch türkische Anleihen geprägt ist, möchte man lieber nicht auflegen - sieht andere, und über Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Wenn sie aber lediglich dazu dient, eine Region aufgrund ihrer Differenzen zu charakterisieren, weil die Gemeinsamkeiten einen denn doch zu sehr an das eigene Unwohlsein dort interessante Entwicklungen finden, deren Resultate in Form von guter Musik man einfach genießen kann, ohne dabei auf das „Andere" rekurrieren zu müssen - und ohne den ganzen Abend lang im gleichen Takt zu tanzen. Jedenfalls kann man den



sie doch auf den Covers ihrer CDs einfach aus wie jedes westliche Pop-Sternchen. Stattdessen spielt man konsequent Musik, die, wie ein genuin osteuropäischer Freund nicht zu Unrecht bemerkte, für den Export auf westeuropäische Weltmusik-Märkte gedacht ist. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Solche Musik ist nicht schlechter oder besser als jede in Deutschland erinnern würden, ist das nicht gerade zu begrüßen. Ganz zu schweigen von den vielen anderen Musikszenen in Osteuropa, die einfach ignoriert werden - bloß nicht tschechischen oder russischen Hip Hop, litauischen Elektropop, ungarischen oder belarussischen Punkrock spielen, es könnte ja die nostalgische Stimmung stören. Dabei lassen sich gerade OsteuropäerInnen, die sich hierzulande niedergelassen haben, ihre Abwesenheit von Baikal-Train & Co. kaum verübeln - welcheR Deutsche unter 60 Jahren würde schon auf eine Party gehen, bei der deutsche Volksmusik gespielt wird.

Lolek und Bolek - ein Stück Kindheit im Ostblock - von LYDIA

Wer kennt sie nicht – angeblich die Westdeutschen. Nachdem wir in unserer letzten Ausgabe die beiden Spaßmacher auf dem Cover hatten, haben wir jedoch ihren Bekanntheitsgrad massiv überschätzt. Mit der Zeit mußten wir feststellen, dass im Westen wirklich deutlich weniger Ostfernsehen gekuckt wurde. Nach den massiven Rückfragen bezüglich unseres letzten Covers, nun um so mehr ein Grund noch mal genauer auf „Bolek i Lolek" einzugehen. Bei diesen beiden Jungs handelt es sich natürlich nicht um DDR-Comic Figuren. Aufgrund der großen Popularität, die sie zu dieser Zeit genossen (und teilweise bis heute genießen) war es jedoch kaum vorstellbar, dass eine Sozialisation im Ostblock der 70er und 80er Jahre ohne sie stattfand.

Liefen sie doch sowohl in den regelmäßigen Trickfilm-Magazinen im TV, als auch in den bevorzugt Sonntags morgens im Kino gezeigten Trickfilm-Matinees. Unvergesslich sind auch die Long-Player-Versionen, wie Die große Reise von Bolek und Lolek welche bevorzugt an Weihnachtsabenden gezeigt wurden.

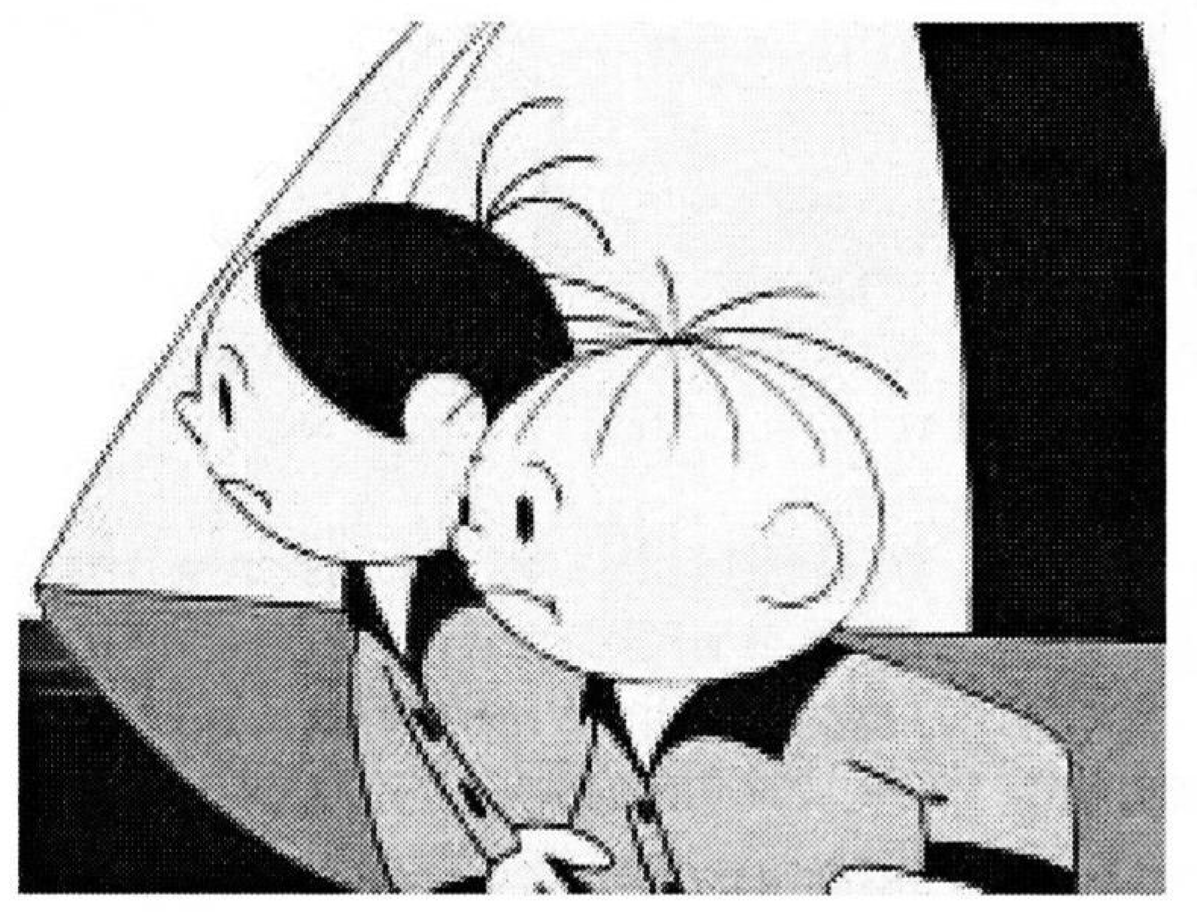
Bolek und Lolek, zwei polnische Originale, die es im Volksmund bereits lange vor ihren animierten Versionen gab, wurden von Wladyslaw Nehrebecki und Leszek Mech 1962 im polnischen Trickfilmstudio in Bielsko Byala entwickelt. Ihr erster Auftritt war in dem 1964 preisgekrönten Kurzfilm Die Armbrust, dem weit über 150 Shorts und die beiden spielfilmlangen Streifen Die große Reise von Bolek und Lolek sowie Bolek und Lolek im Wilden Westen folgen sollten, die in 80 Länder verkauft wurden (z.B. als Bennie und Lennie im englischen Versionen), und die bereits vor der Wende gesamtdeutsch in die Kinderzimmer strahlten.

Schnell wurden die beiden auch über Polen hinaus bis sogar in den Iran bekannt, was vor allem die auf Geräusche beschränkte Artikulation der beiden erleichterte, da so keine Synchronisation nötig wurde. Jeweils 10minütige Episoden erzählen ohne Sprache auf leicht nachvollziehbare Art von kleinen Abenteuern und lustigen Begebenheiten. Kindgerechte Zeichentrick-Klassiker für Menschen ab 3 Jahren.

Einige der Film-Episoden boten die Grundlage der fast comicartigen Geschichten in den großformatigen Bolek-und-Lolek-Heften, die herausgegeben vom sorbischen Domowina-Verlag in der DDR erhältlich waren.

Zukunftspläne für Lolek und Bolek - bald neue Episoden?

Lolek und Bolek werden womöglich bald neue Abenteuer erleben. Das Oberste Gericht Polens hat kürzlich einen seit mehr als 30 Jahren andauernden Rechtsstreit, der zum Europäischen Gerichtshof vorgedrungen ist, zwischen dem heute in Köln lebenden Sozialhilfeempfänger Ledwig, den Erben von Nehrebecki, dem Trickfilm-Studio sowie dem Land Polen, das die Zeichentrickfiguren Lolek und Bolek als nationales Kulturgut betrachtet, beendet. Mehr als 20 Jahre nach der im Jahre 1983 gedrehten letzten Folge und einem langjährigen Rechtsstreit um die Rechte an den Kunst-Charakteren wollen die bisher verfeindeten Nachkommen des Zeichners auf eine gerichtliche Schlichtung setzen, berichtete die Zeitung Gazeta Wyborcza in ihrer Regionalausgabe aus Katowice.



Lolek und Bolek - selten so ernsthaft das ideale LAIKA-Cover#1

Der Streit um Bolek und Lolek hatte bald nach dem Erfolg des ersten Zeichentrickfilms im Jahr 1972 begonnen. Als Ledwig in den 80er Jahren nach Deutschland ausreiste, mußte er sich zur Abgabe der Autorenrechte an seinen Zeichentrickfilmfiguren verpflichten. In Deutschland focht er diese unter Druck zu Stande gekommene Zusage an.

Zdislaw Kudla, der Direktor des Trickfilmstudios in Bielsko-Biala, in dem die 180 Abenteuer von „Bolek i Lolek" gezeichnet wurden, äußerte sich zuversichtlich, dass die beiden kugelköpfigen Abenteurer bald wieder auf dem Bildschirm erscheinen können. Im Studio arbeiteten noch mehrere Mitarbeiter aus den Anfangstagen von Lolek und Bolek.

Für eventuell entstehende neue Folgen müßten die zwei allerdings etwas der Gegenwart angepasst werden, sagte Kudla. In neuen Episoden etwa sollte auch der Umgang mit Computer und Mobiltelefon für die Trickfilm-Klassiker selbstverständlich sein.

Populistischer Wahlwerbespot sorgt in Russland für Empörung

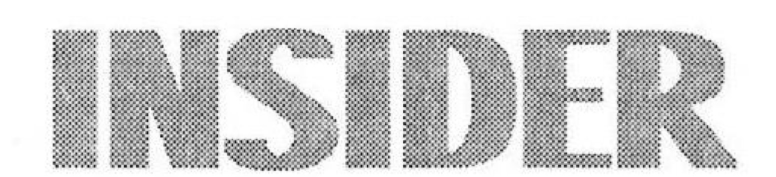
Ein Wahlwerbespot der „links"-nationalistischen Vaterlandspartei (RODINA) hat in Russland für Empörung gesorgt. In Anspielung auf die Krawalle in Frankreich fordert die Partei darin die „Säuberung" Moskaus, während in dem Spot eine Gruppe Kaukasier zu sehen ist: Die Kaukasier essen eine Melone und werfen die Schale auf den Gehweg, anschließend schiebt eine blonde Russin einen Kinderwagen über die Essensreste.
Die Szene wird von Parteichef Dmitri Rogosin und einem Abgeordneten der Vaterlandspartei im Stadtrat beobachtet, die von den Kaukasiern die Säuberung des Bürgersteigs verlangen und mehrmals fragen, ob sie denn überhaupt Russisch verstünden.
Eine neue Version stellt einen direkten Zusammenhang zu den Krawallen in Frankreich her und wirbt neben dem Parteilogo mit dem Motto: „Säubert unsere Stadt vom (diesem) Abfall". Dazu wurde der Film auf Französisch synchronisiert, während ein Sprecher die russische Übersetzung aus dem Off liefert.
Ein Sprecher der Partei Einiges Russland, die Präsident Wladimir Putin nahesteht, bezeichnete den Spot als „Faschismus". Mehrere russische Zeitungen warfen der Vaterlandspartei Rassismus vor. Die Wahlkommission schaltete die Staatsanwaltschaft ein, die den Spot unter die Lupe nahm.
Ein Sprecher der Vaterlandspartei wies die Vorwürfe zurück. Der neue Spot solle „Russland vor Ereignissen wie in Frankreich bewahren". Parteichef Rogosin hatte gefordert, alle asiatischen Staatsangehörigen und Kaukasier, die für ähnliche Unruhen sorgen könnten, vorsorglich aus Russland auszuweisen.

DE CENTRUM-Squat in Bialystok (Polen) geräumt - von lydia

Schneller als erwartet, kam am Herbst 2005 die Räumung des europaweit als Zentrum für alternativ-kulturelle und emanzipatorische Initiativen bekannten besetzten Hauses in Bialystok.
Nachdem in der letzten Zeit, durch die rege Bautätigkeit um das Haus herum und dem damit verbundenem Wertanstieg des Anwesens, eine baldige Räumung immer wahrscheinlicher wurde, kam der überfallartige Rauswurf letztendlich doch sehr überraschend.
Die BesetzerInnen hatten sich relativ sicher gefühlt, da sie in der Öffentlichkeit einen relativ anerkannten Stand hatten und in der Kulturszene Bialystoks sogar einem regelrechten Hype aussetzt waren. DE CENTRUM hatte sich in den letzten Jahren einen festen Platz, nicht nur in der alternativen Kulturszene der Stadt, gemacht und die Medien waren regelmäßig zu Gast, was hoffen ließ, dass niemand eine gewaltsame Räumung und den damit verbundenen Rummel riskieren würde.
DE CENTRUM – ein altes Fabrikgebäude, das im Enthusiasmus nach Prag (massive Proteste gegen Treffen von IWF und Weltbank Ende September 2000) besetzt wurde, bot Raum für Konzerte und Ausstellungen, für Künstlerprojekte wie „DE MODELS"), für die Treffen verschiedener Gruppen wie Anarchist Black Cross-Polen (eine Gefangenenhilfsorganisation) und der Antifa.
Nach neuesten Informationen haben sich die BesetzerInnen geeinigt, auf das Angebot eines Ersatzobjektes einzugehen. Das alte Gebäude in der Czestochowa-Strasse gehört damit der Vergangenheit an
Sehr empfehlenswert, die Internetseite des DE CENTRUM mit umfangreichen Links zu angebundenen und befreundeten Projekten - auch ohne Polnischkenntnisse recht unterhaltsam und informativ.
http://decentrum.bzzz.net/

Nationales Bildungsinstitut von Laure aus Warschau

Die neu gebildete rechtsgerichtete Regierung in Polen will ein „Nationales Bildungsinstitut" einrichten (Narodowy Instytut Wychowania).
Das Bildungsministerium äußerte dazu, dies soll dazu dienen, die Jugend zu den traditionellen Werten zurück zu bringen. Das Institut soll staatlich unabhängig sein, wird aber von diesem finanziert.
Der Vizepremier:"Wir müssen der Jugend beibringen, was gut, echt und schön ist und sie erinnern, was Patriotismus, Bürgerpflicht und Opferbereitschaft für das Gute bedeuten"
Der Bildungsminister: Die Erziehung muss auf den christlichen Werten basieren, welche für alle Europäer geläufig sind. Nachgefragt, ob das nicht in die Rechte von Nichtgläubigen eingreift, meinte der Minister, dass grundlegende christliche Prinzipien auch von Atheisten geteilt werden.
In Polen sind die „Ethik"-Kurse krypto-religiös. Zwei von fünf der verwendeten Lehrbücher sind vom Papst (sorry, dem Verstorbenen, Karol Wojtyla) und einem seiner best befreundeten Priester.



Ein Blick auf die Linke in Russland

Russlands Wandel und Beständigkeit von K. KIPPING / B. KRUMNOW (Teil 1)

In der zweiten Amtsperiode Putins stellt sich Russland als Land dar, das sich von dem für die Jelzin-Ära charakteristischen wirtschaftlichen und sozialen Verfall und von der mehr oder weniger direkten Herrschaft einer kleinen Gruppe schwerreicher Oligarchen entfernt hat. Die Wirtschaftslage ist zumindest vorläufig durch Stabilisierung und Wachstum geprägt. Im Rahmen des neuen politischen Systems ist die Bedeutung parlamentarisch-demokratischer Institutionen deutlich zurück gegangen, während die Rolle des Präsidenten und der mit ihm Verbundenen zentralen staatlichen Bürokratie, der so genannten Administration gewachsen ist.

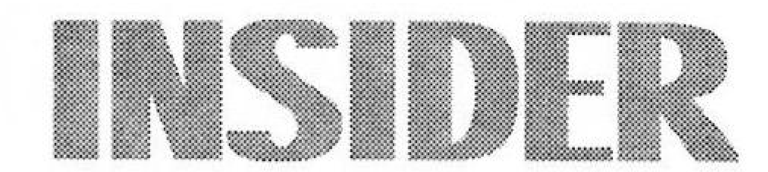
Dies bedeutet keineswegs, dass die enge Verbundenheit der Regierung mit Interessen großer russländischer[1] Konzernen nicht mehr besteht. Vielmehr scheinen sich die Spielregeln zwischen ökonomischen und staatlichen Strukturen verändert zu haben, wobei der Staat, oder besser die staatlich-administrative Bürokratie verstärkt sowohl als ordnende Instanz auch als eigenständige ökonomische Interessengruppe hervortritt. Russland hat im letzten Jahrzehnt eine erste Phase unkontrollierter neoliberaler Modernisierung durchlaufen, und mit einer gewissen Verzögerung seine etatistischen Traditionen wieder aufgenommen, ohne dass das neoliberale Programm gesellschaftlicher Umgestaltung aufgegeben wurde. Nach Einschätzung des Leiters des IPROG[2] Boris Kagarlizki bleibt aber „das politische System widersprüchlich, seine Strukturen undemokratisch, seine Organisation ineffektiv (...) und deshalb wird der anstehende Präsidentenwechsel den Weg einer politischen Krise gehen müssen."[3]

Übersetzungsprobeleme...

Die Begriffe „links" und übrigens auch „politisch" sind im gegenwärtigen Russland zum Teil sehr anders belegt als „bei uns." Unter „politisch" versteht man in der Regel parteipolitische Aktivitäten im Rahmen von Wahlkämpfen und Parlamenten, so dass sich beispielsweise viele One-Issue-AktivistInnen als nicht politisch oder außerpolitisch wahrnehmen.[4] Das Attribut „Links" ordnet man in den Medien und auch in Teilen der engagierten Öffentlichkeit den im Parlament vertretenden Parteien KPRF und Rodina (Heimat) zu. So können sich Bürgerrechtler selbstverständlich als „Rechte" identifizieren und sind überrascht, wenn ihnen dargestellt wird, das dieser Begriff in Deutschland auch auf Nazis angewendet wird. Auch ein Wort wie „linksliberal" wäre in der russländischen Öffentlichkeit verwirrend, wiewohl es in der JABLOKO-Partei (in unserem Sinnen) linksliberale Kräfte und Positionen gibt.

„Linke" Parteienlandschaft in Russland im Wandel

Die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation KPRF konnte sich nach dem Verbot der KPdSU durch Jelzin als Repräsentantin der traditionell-kommunistischer, sozialistischer, sowjetpatriotischer Strömungen der frühen 90er Jahre in der russländischen Gesellschaft etablieren und zum Teil große parlamentarische Erfolge erzielt. Nach Einschätzungen unabhängiger Linker wurde so der vordem durchaus vorhandene Pluralismus linker und sowjetpatriotischer Gruppierungen nivelliert beziehungsweise monopolisiert. Die Programmatik und die häufig auf den parlamentarischen Raum beschränkte politisch Praxis der KPRF sind widersprüchlich. Neben antikapitalistischen Ideen treten ebenso Großmachtsrhetorik, Sowjetpatriotismus, Verschwörungsdenken und Rückgriff auf „traditionelle russische Werte" auf. Auch antisemitische und rassistische Positionen wurden von einzelnen Repräsentanten der KPRF vertreten. Ein erheblicher Teil der KPRF-WählerInnen und Mitglieder gehört den älteren Generationen an. Die innere Organisation und Methodik der Partei haben sich noch nicht sehr weit von der Praxis der späten Sowjetzeit entfernt und insofern ist es ein Novum, wenn



dass sich Vertreter der KPRF in den letzten Jahren sozialen Bewegungen gegenüber geöffnet habenn. Ein wichtiger Grund dafür scheint die Reorganisation des politischen Systems und Umgruppierung politischer Akteurinnen in der Putin-Zeit zu sein. Nach Einschätzungen aus dem Spektrum unabhängiger Linker von wird die KPRF als einzige landesweit mit einer breiteren Mitgliederbasis ausgestatte politische Partei Russlands trotz einiger Abspaltungen weiterhin eine wichtige politische Kraft im Lande bleiben. Dies hat einige linkssozialistsische Gruppen bewogen, zumindest mit einzelnen Vertretern der KPRF zu kooperieren.

Die Partei Rodina stellt als „Gewächs" der Putin-Zeit in den Augen linker BeobachterInnen den Versuch der Schaffung einer „Scheinopposition" dar. Als in der Duma vertretene Fraktion verbindet Rodina „patriotische" und soziale Forderungen und in der russländischen öffentlichen Meinung gilt sie somit als „links". Bei den letzten Dumawahlen war es Rodina gelungen, von Wählergruppen zu profitieren, die vorher die KPRF wählen und so die Kommunisten zu schwächen. Auf dem internationalen Parkett gab es in letzter Zeit Bemühungen mit der sozialistischen Internationale und auch mit der Europäischen Linkspartei Kontakte zu knüpfen. Die Präsenz von Parteivertretern, -losungen und Fahnen bei sozialen Protesten ist wahrnehmbar. Für einen Skandal sorgte der xenophobe[5] Werbespot im Wahlkampf zur Moskauer Stadt-Duma (siehe Seite 17) der zum Anlass genommen wurde, die Partei von der Teilnahme an den Wahlen in Russlands bevölkerungsreichstem Föderationssubjekt auszuschließen.[6] Dies hat der Popularität von Rodina und ihrer Forderungen nicht unbedingt geschadet.

Neben den größeren parlamentarischen Kräften finden sich noch zahlreiche kleinere Parteien unterschiedlicher Ausrichtung, trotzkistische Strömungen, Stalinisten im engsten Sinne, sowie zahlreiche regionale (aber nicht regionalistische) Parteien, die in dem einen oder anderen Föderationssubjekt auch über Einzelpersonen in Parlamenten vertreten sein können. Auch die Sozialdemokraten können im russischen Kontext als Linke angesehen werden, zumal sie keine offen neoliberalen Positionen vertreten. Ihre Bedeutung ist jedoch gering. Abgesehen von den Agrariern, die in den 90ern eine gewisses Gewicht besaßen, wird auch die Partei der Pensionäre in der Öffentlichkeit dem linken Spektrum zugeordnet. Unabhängige Linke betrachten die letztgenannten Parteien als Wirtschaftsunternehmen.[8]

Es lohnt sich noch einmal auf die regionalen Parteien zurückzukommen. Offenbar führt die Größe und Vielfalt des Landes dazu, dass zumindest in den Regionen, in den ein geringeres Maß an Repression besteht, ein linker Pluralismus entstanden ist. Ein Beispiel hierfür scheint die Regionale Kommunistische Partei St. Petersburgs zu sein, die sich von einer traditionell marxistisch-leninistisch geprägten Partei zu einer bündnisfähigen Akteurin von Protestbewegungen entwickelt hat und ein gewisses Gewicht in der Petersburger Bürgerinitiativen-Bewegung erlangt hat. Ein ebenfalls regionales Petersburger Phänomen, aber nicht minder interessant ist der Zusammenschluss junger KommunistInnen und SozialdemokratInnen in einer Sozialistischen Jugendföderation FSM.

Nur erwähnt werden sollen hier andere unabhängige und „nichtparteiliche" linke Strukturen, die es in Russland natürlich eine lange Tradition haben und die es vielerorts gibt. Von AnarchistInnen, traditionellen Autonomen bzw. Antifas und „Postautonomen" wie der Pjotr-Aleksejev-Wiederstandsbewegung (DSPA)[9] sind aber durchaus Impulse für die russländische Linke zu erwarten.



Linker Nationalsozialismus?
Bereits bei der Darstellung im letzten Kapitel musste auf die häufige Verbindung antikapitalistischer und sozialer Forderungen mit im russländischen Verständnis „patriotischen", im Grunde aber nicht selten offen nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Positionen verwiesen werden. Den Kulminationspunkt der Vermischung vermeintlich linker aber eigentlich im engen Sinne stalin(isti)scher, faschistischer und konkret nationalsozialistischer Ideen und Ästhetik stellt die keineswegs bedeutungslose Natio-

nalbolschewistische Partei (NPB) Limonows dar. Als eine der wenigen politischen Gruppierungen in Russland verfügt sie über eine landesweite Struktur



und eine überwiegend jugendliche engagierte Mitglied- und Anhängerschaft. Sie funktioniert als „Jugendkultur", besitzt intellektuelle Ausstrahlung da sie Künstler an sich gebunden hat, und verfügt über eine moderne medienorientierte und aktivistische politische Methodik.

Der Druck der zum Teil militanten pro-putinschen Naschi-Jugendbewegung[10] aber auch „klassischer" gewalttätiger Rechtsradikaler, der sich sowohl gegen die NPB als auch gegen KPRF-KommunistInnen und auch gegen Liberale richtet, hat seltsame Bündnisse entstehen lassen. So kooperierte die NPB mit der KPRF-Jugend SKM im Rahmen des so genannten MOLOT-Bündnisses. Es scheint gegenwärtig auch eine Zusammenarbeit zwischen JABLOKO und NPB zu geben. Das selbstlose Märtyrertum der NPB-AktivistInnen, die häufige gemeinsame Frontstellung gegen politische Gegner, vor allem gegen die Putin-Administration und auch gemeinsame Erlebnisse bei Verhaftungen haben zu einer gewissen Sympathie seitens verschiedener linker Akteure geführt. Die „netten Jungs" von der NPB werden mitunter als Linke „auf Irrwegen" betrachtet....

Hierauf muss entgegnet werden: Egal wie taktisch motiviert die genannten Kooperationen sind und wie zweifellos schwierig die Situation für die Linken ist, die Goebbels-Verehrer von der NPB sind als äußerst gefährlich einzustufen. Sie sind eine schwere Herausforderung für die Linken in Russland.

<u>Im Teil 2:</u>
Soziale Bewegung im Aufbruch / Linksfront – eine Antwort?

[1] Der Begriff „russländisch" spiegelt den Unterschied der Attribute rossijski (auf das Land Rossija bezogen) und russki (russisch, also auf die Russen bezogen). In der Fachsprache ist der Begriff „russländisch" sein mehr als einem Jahrzehnt etabliert.

[2] IPROG ist die Abkürzung für das Moskauer Institut für Probleme der Globalisierung.

[3] Referat von Boris Kagarlizki,auf dem Seminar „Linke Perspektiven auf soziale Bewegungen in Russland - nationale Probleme und die internationale Erfahrungen" St. Petersburg Dezember 2005, Übersetzung der AutorInnen.

[4] An dieser Stelle soll natürlich nicht behauptet werden, dass in Deutschland ein einheitliches Verständnis von „links" und „politisch" besteht. Tatsächlich gibt es Parallelen, jedoch zeichnen die deutschsprachigen Medien im Wesentlichen ein anders Bild des politischen Spektrums.

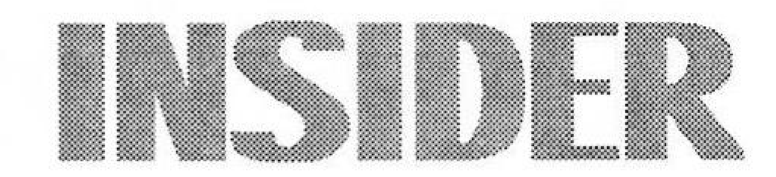
[5] Rassistische Stimmungen richten sich in Russland verstärkt gegen Menschen „kaukasischer Herkunft" von denen viele russländische Bürger sind, die meisten anderen sind ArbeitsmigrantInnen aus GUS-Staaten. Die Zahl so genannter illegaler MigrantInnen in Russland wir auf mehrere Millionen veranschlagt.

[6] Die mit ähnlichen Positionen auftretende radikal rechte LDPR Schirinowskis durfte an den Wahlen Teilnehmen errang jedoch keine Sitze.

[8] Dies müsste dann allerdings für die gesamte russländische Parteienlandschaft gelten, die im Grunde nur eine klassische Mitgliederpartei kennt, die KPRF.

[9] Pjotr Alekseev war ein Anführer der Arbeiterstreiks in Krenholm (heute Narva in Estland) im Jahre 1872. Die AnhängerInnen der nach ihm benannten DSPA verstehen sich als revolutionäre demokratische SozialistInnen.

[10] nashi (die Unseren) werden mitunter auch als Naschisten bezeichnet, um ihre autoritätre Orientierung zu unterstreichen. Sie Bezeichnen sich als Antifaschisten, jedoch liegt dem ein völlig anderer Faschismus-Begriff zugrunde, der durchaus auch „Liberale" einschließen kann.



Niemandsland am Dnjestr

Europas inexistente Republik an der Schnittstelle zwischen Ost und West - von HANNES HOFBAUR aus Tiraspol

Die im Jahr 2000 geprägten Münzen ziert ein Ährenkranz um Hammer und Sichel unter rotem Stern, die Währung nennt sich Rubel, auf der rot-grün-rot gestreiften Staatsflagge prangen im linken oberen Eck die proletarischen Symbole der Sowjetzeit; die Hauptstadt heisst Tiraspol, der Präsident Igor Smirnow. Mitten in Europa, wenn man einmal die geographische und nicht die politische Bezeichnung gelten lässt, hat am 2. September 2005 ein Land seinen 15. Geburtstag gefeiert, das von keinem anderen Staat der Welt anerkannt ist: PMR, Prednjestrovskaja Moldavskaja Respublika, die Moldawische Dnjestrepublik, bekannt auch als: Transnistrien.

Die oft nur wenige Kilometer breite Republik erstreckt sich über 200 km in Nord-Süd-Richtung. Von den 650.000 Menschen, die ca. zu je 30% russischer, ukrainischer und moldawischer Abstammung sind, leben 180.000 in der Hauptstadt Tiraspol. Die fehlende Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit bringt es mit sich, dass Transnistrien offiziell als Teil der Republik Moldova gilt, einem – ohne PMR – 3,5 Millionen Einwohner zählenden Kleinstaat. Noch aus den Zeiten des Sezessionskrieges in den Jahren 1990-1992 stammt eine innige Feindschaft der beiden Landesteile. Die internationale Isolation des transnistrischen Teils, die u.a. in der Erteilung von Einreiseverboten für die politischen Führer in die EU und die USA zum Ausdruck kommt, geht parallel mit einer Dämonisierung des Landes durch westliche Politik und Medien. Umgekehrt steht die russische und – zum grossen Teil – auch die ukrainische Öffentlichkeit zu den Unabhängigkeitbestrebungen der transnistrischen Führung. Die lokale Führung in Tiraspol hat es seit über 15 Jahren verstanden, trotz und wegen ihrer Spielballfunktion zwischen West und Ost zu überleben. Ein Lokalaugenschein in Transnistrien straft jedenfalls jene Lügen, die meinen, ein offiziell nicht anerkannter Staat könnte nicht überleben.

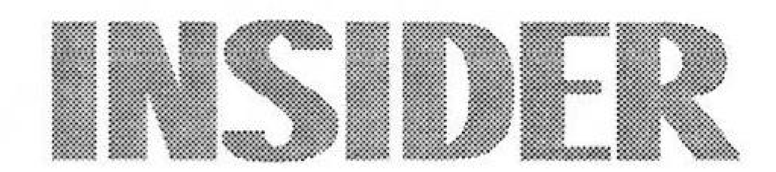
Arbeiterrevolte zur Unabhängigkeit

Am Anfang stand der Generalstreik. Für den 16. August 1989 rief die kurz davor gegründete „Union der Arbeiterkollektive" zum Ausstand, der in der gesamten transnistrischen Industrie, dem Herzstück der moldawischen Wirtschaft, befolgt wurde; ab 21. August standen die Räder in den Fabriken von Tiraspol, Benderi, Dubossary und Rybniza still, selbst in Chisinau, das damals noch Kischinjow hiess, zeigten die Arbeiter ihre Macht. Es war ein politischer Streik. Nicht um höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen ging es, auch nicht um längst notwendige Investitionen in die heruntergekommenen Staatsbetriebe; das transnistrische Proletariat protestierte mit der Arbeitsniederlegung gegen die Forderungen der „Volksfront". Diese rumänisch-nationale Organisation war gerade im Begriff, die Trennung Moldawiens von der Sowjetunion zu bewerkstelligen. Der Reihe nach: Am 27. August 1989 versammelten sich im Zentrum von Kischinjow über eine halbe Million Menschen und forderten die Trennung der kleinen Republik Moldawien von der UdSSR. Neben rumänisch-nationalen Losungen waren auch erste russenfeindliche Slogans zu hören. Später sollten die Sprüche immer hasserfüllter werden: „Die Russen über den Dnjestr, die Juden in den Dnjestr", war eine jener Aufforderungen, an die heute niemand mehr in Chisinau erinnert werden will. In Tiraspol ging in jenen Tagen die Angst um. Anders als in Moldawien, wo 65 % der Bevölkerung rumänischstämmig sind, leben östlich des Dnjestr mehrheitlich Slawen. Diese fürchteten nun die geplante und dann auch durchgeführte Rumänisierung.

Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung war ein neues Sprachengesetz, das Moldawisch zur alleinigen Amtssprache erklärte. Die gleichzeitig gesetzlich verabschiedete Latinisierung der Schreibweise machte de facto Rumänisch daraus.
In zwei rasch organisierten Volksabstimmungen in Rybniza und Tiraspol sprachen sich zur Jahreswende 89/90 über 90 % der transnistrischen Teilnehmer für eine unabhängige „Sowjetrepublik Transnistrien" aus. Ein Jahr später, am 17. März 1991, nutzten die Transnistrier erneut die Chance, im Zuge des von Michail Gorbatschow betriebenen Unionsreferendums ihre Solidarität mit der Sowjetunion zum Ausdruck zu bringen. Die russischsprachige bzw. die russifizierte Bevölkerung jenseits des Dnjestr war offensichtlich bereit, sich gegen den Zusammenbruch der Sowjetunion zu stellen, der für viele nicht nur eine soziale Katastrophe bedeutete, sondern auch – über die Frage der Rumänisierung Moldawiens – eine nationale Bedrohung darstellte, die die bisherige persönliche Lebensweise in Frage stellte. Wer, wie viele Arbeiter in den zahlreichen Sowjetfabriken des industrialisierten Transnistriens, Russe war, der mag unter antimoldawischen Losungen für ein multiethnisches Transnistrien gekämpft haben und gleichzeitig grossrussischem Chauvinismus nicht abhold gewesen sein.
Aus den alten Fabriken heraus etablierte sich eine neue Kraft, die das Alte bewahren wollte. Arbeiterkollektive gingen daran, die politische Führung der Kommunistischen Partei aus ihren Ämtern zu vertreiben. „Wir erlebten hier einen wahrhaften Aufstand gegen die Parteiführung", erzählt Ilja Galinski, Dekan der Historischen Fakultät der Universität Tiraspol. „Der erste Sekretär des Tiraspoler Sowjet musste unter dem Druck des Streiks zurücktreten."An die Macht kamen Betriebsdirektoren und gewöhnliche Arbeiter, die es satt hatten, von Bürokraten gegängelt zu werden. Auslöser mag die geplante Rumänisierung gewesen sein, dahinter steckte jedoch auch sozialer Unmut über die Unfähigkeit der Apparatschiks.
Boris Mihailowitsch Stefan, einer der Gründer der „Union der Arbeiterkollektive" und rechte Hand von Igor Smirnow, erzählt über die entscheidenden Wochen und Monate zwischen August 1989 und September 1990: „Die Regierung der Moldawischen SSR konnte und wollte die rumänischen Nationalisten der ›Volksfront‹ nicht kontrollieren. Also schützten unsere Arbeiterkollektive die Rechte der Bevölkerung." Es waren die Betriebsdirektoren, die sich an die Spitze der Bewegung stellten. Der spätere Präsident Igor Smirnow leitete das Arbeitskollektiv von „Elektromasch", einem führenden Kombinat der Region, das elektrische Maschinen aller Art herstellt. „400 Betriebe haben sich an unserem Streik beteiligt", fährt Boris Mihailowitsch Stefan fort. „Im August 1989 nahmen fast 30.000 Arbeiter an unserer Bewegung teil. Wir gründeten republikanische Streikkomitees nicht nur in Transnistrien, sondern auch auf der anderen Seite des Dnjestr."

„Die Russen über den Dnjestr, die Juden in den Dnjestr", war eine jener Aufforderungen, an die heute niemand mehr in Chisinau erinnert werden will

Am 23. Juni 1990 erklärte der Oberste Sowjet der Moldawischen SSR in Kischinjow/Chisinau, getrieben von der rumänisch-nationalen „Volksfront", die Souveränität Moldawiens innerhalb der Sowjetunion. Als Reaktion darauf riefen im August 1990 die Führer der Gagausen, einem turkstämmigen, christlichen Volk im Süden Moldawiens, die unabhängige Republik „Gagausien" aus. Am 2. September 1990 proklamierte der 2. Deputiertenkongress des mittlerweile von der alten kommunistischen Garde weitgehend befreiten Tiraspoler Sowjets die transnistrische Unabhängigkeit. Die Lunten für kriegerische Konfrontationen waren gelegt.
Moldawien, am 17. August 1991 auch formal unabhängig geworden, erkennt die abtrünnigen Republiken „Gagausien" und „Transnistrien" nicht an. Rasch formierte rumänisch-nationale Sondereinheiten, unter ihnen die berüchtigte Truppe „Tiras-Tighana", die schon im Namen den Anspruch auf Tiraspol erhob, marschierten über den Dnjestr, um die abtrünnigen Gebiete „heimzuholen". Die ersten Toten sind bereits im November 1990 in der transnistrischen Stadt Dubossary zu beklagen; im August 1991 werden Führer von Arbeiterkollektiven verhaftet; im Dezember 1991 kommt es zu militärischen Konfrontationen. Zum wahren Krieg um Transnistrien artet die Konfrontation dann im Frühjahr 1992 aus. Bis zum August desselben Jahres werden knapp 1000 Menschen dem Kampf zwischen moldawischen Gebietsansprüchen und transnistrischer Unabhängigkeit zum Opfer fallen. Heiss umkämpft ist vor allem die Stadt Benderi/Tighina am westlichen Dnjestr-Ufer. Auch dort haben sich Arbeiterkolletive von Moldawien losgesagt und sich Transnistrien angeschlossen. Kampfentscheidend ist letztlich die 14. sowjetische Armee, die in Tiraspol stationiert ist und unter der Führung von General Alexander Lebed die Ansprüche der moldawisch-ru-



mänischen Nationalisten zurückschlägt.

Die grossen geopolitischen Spieler

Seither überschneiden sich links und rechts des Dnjestr zwei geopolitische Achsen in verquerer Weise. Die Republik Moldova setzt mit ihrem kommunistischen Präsidenten Wladimir Woronin, der freilich innenpolitisch von rumänisch-nationalistischer Seite unter Druck steht, auf eine Kooperation mit EU-Europa und NATO-USA. Wirtschaftlich ist das kleine Moldawien allerdings im höchsten Maße von Russland abhängig. So kommen fast 90 % der Energielieferungen aus dem Osten, Öl und Gas aus Russland sowie Elektrizität aus Transnistrien. Dieses wiederum hat mit seiner Führung um Igor Smirnow gar keine andere geopolitische Option, als sich mit Moskau gut zustellen. Immerhin lagern inoffiziellen Schätzungen zufolge 40.000 Tonnen sowjetisches Kriegsmaterial auf dem Territorium der kleinen PMR. Nachdem ein guter Teil der früher sowjetischen und jetzt russischen Soldaten abgezogen ist, schrumpfte ihre Zahl auf 2.000, die die Waffenlager überwachen. Die Überschneidung der geopolitischen Interessen von West und Ost äussert sich im politischen Alltag idealtypisch in folgender Weise: Während die EU und eine immer stärker unter westlicher Dominanz stehende OSZE im Gleichklang mit der Republik Moldova Tiraspols Legitimität nicht anerkennen bzw. untergraben, übt Russland in rhythmischen Abständen wirtschaftlichen Druck auf Chisinau aus.

So erhöhte Moskau unmittelbar nach den moldawischen Parlamentswahlen im März 2005 die Preise für Öl und Gas auf Weltmarktniveau und verfügte kurz darauf einen Importstopp für moldawische Landwirtschaftsprodukte (ausser Alkohol), der Importstopp ist zwischenzeitlich allerdings wieder aufgehoben worden. Mit dieser Aktion sollte – erfolgreich – eine Blockade konterkariert werden, die von Chisinau Richtung Tiraspol lanciert worden war. Mit der Verweigerung der Ausstellung von Exportlizenzen hatte die moldawische Führung wieder einmal versucht, die transnistrische Industrie, die zu einem hohen Anteil aussenhandelsabhängig ist, vom Weltmarkt abzuschneiden bzw. ins Schmuggleреck zu treiben.

Eine neue Schieflage hat der geopolitische Zustand mit der Wahl von Viktor Juschtschenko in der Ukraine erhalten, der im zweiten Anlauf mit kräftiger Unterstützung des westlichen Auslandes Anfang 2005 die Zügel seines Landes in die Hand genommen hat. Bis dahin war es transnistrischen Produkten ohne Probleme und auch ohne moldawische Zertifikate möglich, das Land Richtung Ukraine zu verlassen und so auf den Weltmarkt zu gelangen. Seit Frühjahr 2005 hat sich die Lage für Transnistrien verschärft. Juschtschenko verlangt nun moldawische Ursprungspapiere für transnistrische Waren, was Chisinau ein grösseres Druckmittel gegenüber Tiraspol in die Hand gibt. Die Ukraine als einziger östlicher Nachbar Transnistriens spielt eine entscheidende Rolle bei der Lösung des moldawisch-transnistrischen Konfliktes.

Während Tiraspol eine Föderation zweier gleichberechtigter Staaten bevorzugt, will Chisinau der in seinen Augen abtrünnigen Provinz nur einen Autonomiestatus zubilligen

Das Kozak-Memorandum

Beide Seiten, Moldova und Transnistrien, betonen seit Jahren in regelmässigen Abständen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Während Tiraspol eine Föderation zweier gleichberechtigter Staaten bevorzugt, will Chisinau der in seinen Augen abtrünnigen Provinz nur einen Autonomiestatus zubilligen, wie ihn das Gagausengebiet besitzt. Der Krisenlösung am nächsten kam bisher ein russischer Vorstoss, der 2003 als „Kozak-Memorandum" in die diplomatische Literatur eingegangen ist. Geplant war eine sogenannte asymmetrische Föderation Moldawien mit zwei Autonomien, nämlich der transnistrischen und der gagausischen. Transnistrische Abgeordnete hätten in diesem Vorschlag ein Vetorecht im gemeinsamen Senat bis zum Jahr 2015 erhalten, russisch wäre zur zweiten Amtsprache der Republik Moldova geworden, und russische Truppen wären als Vermittler 30 Jahre im Lande verblieben. Ein eigenes Referendum dies- und jenseits des Dnjestr hätte die Legitimität der Föderation gewährleistet. Sowohl Igor Smirnow als auch Wladimir Woronin, die Führer der beiden verfeindeten Lager, sprachen sich Mitte November 2003 für diesen Plan aus, den der Vizechef der Moskauer Präsidialverwaltung, Dmitri Kozak, im Auftrag von Wladimir Putin ausgearbeitet hatte. Am 25. November 2003 sollte die Aussöhnung zwischen Chisinau und Tiraspol perfekt gemacht werden. Woronin, Smirnow und Putin hätten sich der internationalen Presse gestellt und die Details des Kozak-Memorandums bekanntgegeben. Schon waren Wladimir Putins Leibwächter sowie die Staatskarosse von Moskau nach Chisinau geflogen worden, die Vorkehrungen des Staatsbesuches schienen abgeschlossen. Als, so Vitali Ignatjew vom transnistrischen Aussenministerium

gegenüber dem Autor, ein Treffen des US-amerikanischen Botschafters mit Moldawiens Präsidenten Wladimir Woronin die Sache zum Scheitern brachte. „Dmitri Kozak wartete bereits an der Rezeption der moldawischen Präsidentschaftskanzlei, Putin in Moskau war reisefertig. In diesem Moment tauchte der amerikanische Botschafter auf. Zwei Stunden später verweigerte Woronin die bereits zugesagte Unterschrift unter das Dokument." Kurz darauf trat in Moskau Aussenminister Igor Iwanow vor die Kameras der internationalen Presse und beklagte, dass „Versuche einiger Staaten, sich in die Innenpolitik von GUS-Mitgliedern einzumischen, wie das bereits in Georgien der Fall war", das Projekt zum Scheitern gebracht hätten.

Vor den politischen Kulissen tobten im November 2003 rumänische Nationalisten in den Strassen von Chisinau, hielten Spruchbänder mit Aufschriften wie „Woronin – Verräter" hoch und skandierten antirussische Losungen. Gescheitert dürfte der Kozak-Plan an den Interessen der NATO sein. Denn die innenpolitischen Vorbehalte der national-rumänischen Opposition waren parlamentarisch nicht mehrheitsfähig, 71 von 101 Abgeordneten standen hinter Woronin. Ökonomisch wäre mit der Unterzeichnung des Memorandums die transnistrische Schattenökonomie vorbei an den moldawischen Behörden zu Ende gegangen. Bleibt die im Kozak-Plan vorgesehen gewesene russische Präsenz, sowohl in militärischer als auch diplomatischer Hinsicht. Beides, russische Truppen in Transnistrien und einen Verhandlungserfolg innerhalb der GUS, wollten die USA Moskau nicht gönnen. Deshalb kam das Kozak-Memorandum zu Fall.

Seither lösen unterschiedliche Pläne und Vorstellungen einander ab. Die EU will gemeinsam mit der Ukraine und der Republik Moldova die Aussengrenzen Transnistriens überwachen. In Odessa haben Ende September 2005 sogenannte Fünfergespräche, bestehend aus Repräsentanten Moldawiens, Transnistriens, der Ukraine, Russlands und der OSZE begonnen. Rumänien fordert seit langem eine Wiederbeteiligung an den Verhandlungen, von denen sich das Land Anfang der 1990er Jahre zurückgezogen hatte.



Die USA und EU-Europa wollen zu den Fünfergesprächen zugelassen werden; der Streit, ob dies als Verhandler oder als Beobachter geschehen soll, beschäftigte im Oktober 2005 die politischen Beobachter.Und dann ist da noch der neue Juschtschenko-Plan, der Moldawien wesentlich mehr Zugeständnisse machen würde als Transnistrien. „Dieser Plan wurde schnell hingeschusselt, er strotzt vor Fehlern und Ungenauigkeiten", beurteilt ihn Ilja Galinski kritisch. Der Tiraspoler Historiker meint, dass die Transnistrier sowohl mit einem konföderalen Modell wie in „Bosnien-Herzegowina" als auch mit einer Staatsassoziation a la Serbien-Montenegro oder einem Protektorat wie im Kosovo einverstanden wären. Auf den Einwand, dass alle drei Modelle wohl kaum Vorbilder sein können, antwortet er entwaffnend: „aber besser als Krieg". Ein solcher könnte drohen, wenn sich EU und OSZE von US-amerikanischen Vorstellungen leiten lassen, die auf eine „Rosen-Revolution" wie in Georgien oder in eine orange wie in der Ukraine setzen. In exilmoldawischen Kreisen ebenso wie in rumänisch-nationalistischen Parteien wird dafür geworben, Tiraspol zu erobern. Die Meinung, dort würde das Volk auf eine solche „revolutionäre" Eroberung nur warten, ist indes trügerisch.

Denn Igor Smirnow hat nicht nur eine mittlerweile 17.000 Mann starke eigene Truppe aufgestellt, sondern geniesst auch genug Sympathien, um von aussen – also von Chisinau – gesteuerte „Demokratisierungshilfen" abwehren zu können. Neuerdings ist es ihm zudem gelungen, Teile der Jugend in seinem Sinne zu aktivieren.

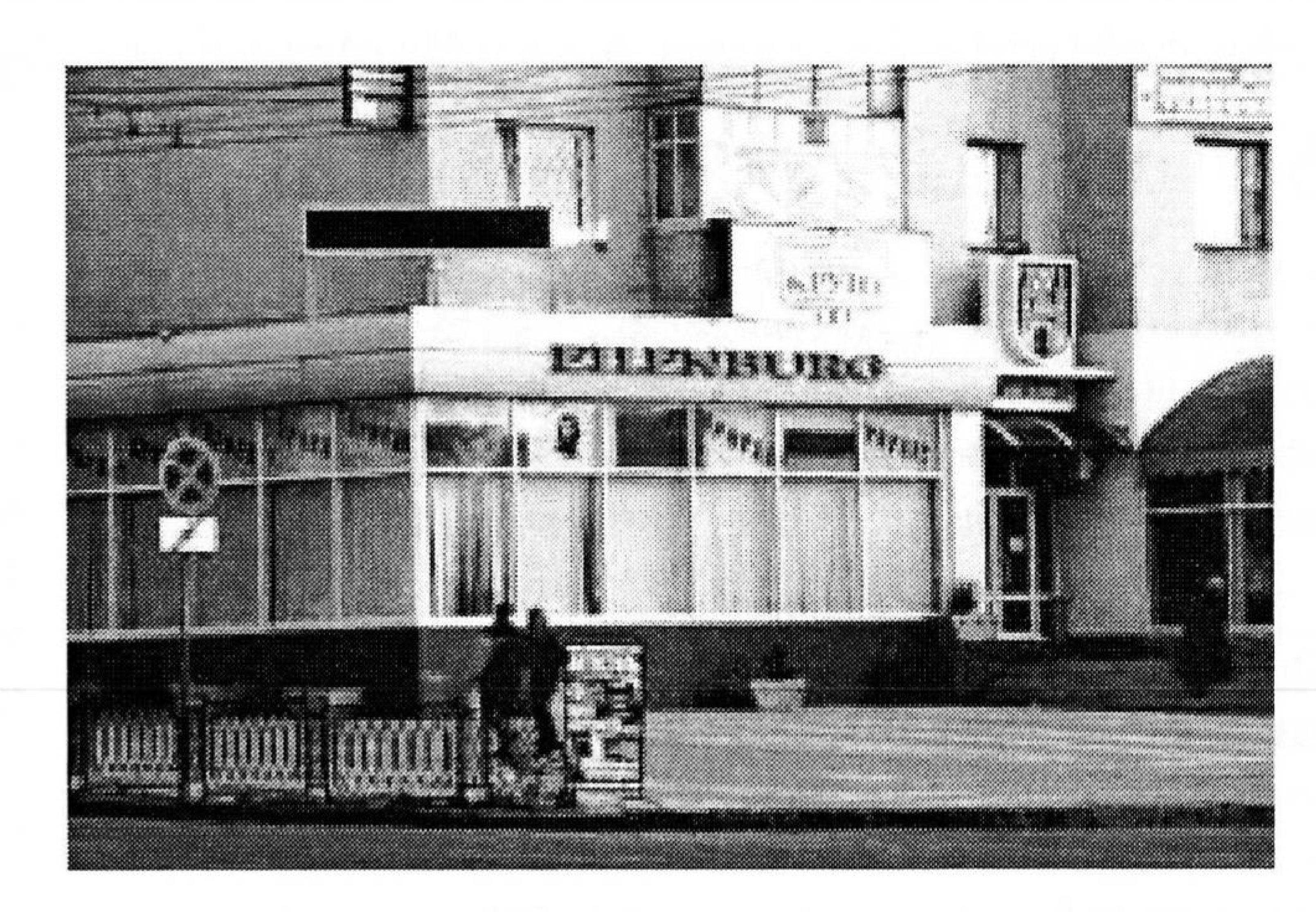
Zivilgesellschaft auf transnistrisch

Am 17. September 2005 stürmen mehrere Dutzend Jugendliche die OSZE-Aussenstelle in Tiraspol, klettern mit Leitern auf das Dach und entfernen die Fahne der internationalen Organisation. An ihrer Stelle wird das Symbol der neuen transnistrischen Jugendbewegung „Proriv" aufgepflanzt. Ein schwarzer Schriftzug auf gelbem Hintergrund, dazu das Konterfei von Che Guevara.

Die OSZE-Belegschaft lässt sich nicht blicken, desgleichen verschwunden ist auch die Tiraspoler Polizei. „Die haben die Augen zugedrückt, bis unsere Aktion vorbei war", schmunzelt Aljona, eine der Aktivistinnen von „Proriv".

„Proriv" heisst auf deutsch soviel wie „Durchbruch" und soll Transnistrien international zur An-

erkennung verhelfen, die Isolation durchbrechen.
Die erste aufsehenerregende Aktion hat sich deshalb gegen die OSZE gerichtet, weil einerseits keine andere Organisation oder kein anderer Staat ein Büro in Transnistrien hat und weil andererseits die OSZE kurz zuvor über ihren US-amerikanischen Leiter William Hill hat verlauten lassen, dass sie die Dezember-Wahlen 2005 in Transnistrien nicht anerkennen werde.
Gegründet wurde „Proriv" Anfang Juni 2005. Inspiriert durch die erfolgreichen Jugendbewegungen „Otpor" in Serbien, „Chmara" in Georgien und „Para" in der Ukraine haben sich mittlerweile über 200 Mädchen und Jungen zusammengefunden, um ihren Unmut über die politische Lage kundzutun. „Aber wir verstehen uns im Gegensatz zu ›Para‹ oder ›Chmara‹ als Unterstützung für unsere Regierung. Unser Gegner ist der moldawische Präsident Woronin, der Transnistrien isoliert und blokkiert", meint die Aktivistin Aljona. Sie ist 21 Jahre alt, ihr Vater, daraus macht sie kein Hehl, ist russischer Offizier, sie selbst ist hier aufgewachsen und zur Schule gegangen. „Wir sind vollständig blockiert hier", empört sie sich ein weiteres Mal.
Treffpunkt der „Proriv"-Aktivisten ist ein kahl eingerichteter Raum im Stadtzentrum, direkt an der Haupstrasse des „25. Oktober" gelegen. Nein, von der Regierung bekämen sie kein Geld, und auch das Lokal haben sie sich eigenständig gemietet, legt Aljona Wert auf politische Selbständigkeit. Der Vermieter betreibt direkt nebenan das beste Restaurant in der Stadt: im Cafe „Eilenburg" gibt es vom Stör aus dem Schwarzen Meer bis zu ukrainischen Spezialitäten alles, was die südrussische Küche zu bieten hat. „Eilenburg" heisst das Lokal übrigens nach der kleinen sächsischen Stadt, die als einzige in ganz Westeuropa eine Städtepartnerschaft mit Tiraspol eingegangen ist.



„Eilenburg" heisst das Lokal übrigens nach der kleinen sächsischen Stadt, die als einzige in ganz Westeuropa eine Städtepartnerschaft mit Tiraspol eingegangen ist

Wie weit es mit der Unabhängigkeit von „Proriv" wirklich her ist, kann nur schwer beurteilt werden. Klammheimliche Unterstützung ist das Mindeste, was transnistrische Behörden den Jugendlichen zukommen lassen. Allen sind die relativ wilden Jugendlichen in der Stadt indes nicht geheuer. „Manche Leute wollen uns nicht, weil sie meinen, wir sind undercover unter der US-Flagge unterwegs und tun nur so, als ob wir die Regierung unterstützen", meint Aljona.
Diese Art Skepsis dürfte indes rein auf die politische Umgangsform von „Proriv" beschränkt sein. Älteren Semestern kommen lautstarke Demonstrationen, von eigener Musikgruppe untermalt, eben amerikanisch vor. Inhaltlich stehen die „Proriv"-Leute indes fest zur Staatsmacht. Gerade dass ihr Staat nicht anerkannt wird, lässt sie protestieren.
So z.B. auch am 8. Juli 2005: „Da waren 50 Leute von uns an der moldawischen Grenze und haben Spruchbänder hochgehalten, auf denen wir die Bürgermeisterwahlen in Chisinau als Farce bezeichnet haben." „Woronin ist ein Räuber", stand auf den Flugblättern zu lesen, die Aljona und ihre Gefährten jedem Auto hinter die Windschutzscheibe steckten, das in Richtung Moldawien fuhr.
Ob sich „Proriv" als eine Art Jugendorganisation der „Union der Arbeiterkolletive" (OSTK) verstehe, will ich von der Aktivistin wissen. „Abstrakt sind sie uns nahe, aber konkret überhaupt nicht", antwortetet sie. Die OSTK hatte immerhin jene transnistrische Unabhängigkeit erkämpft, die nun „Proriv" verteidigt. „Das schon", meint Aljona, „aber die sind viel zu konservativ. Wir machen direkte Aktionen und lassen uns von der Regierung nichts vorschreiben."
Politisch einordnen will sich die „Proriv"-Aktivistin nicht. Nur so viel: „Wir sind nicht links. Aber, wenn wir unsere sowjetische Vergangenheit vergessen, haben wir auch keine Zukunft."

t.A.T.u. machts möglich

Der Artikel ist die gekürzte Fassung eines Vortrags von Ali Meshoul, der im Rahmen des CSD 2005 an der Uni-Leipzig gehalten wurde.

Dank des Erfolgs der russischen Antwort auf „Girlpower" hat sich die Toleranz gegenüber lesbischen Paaren in Russland gebessert. Männliche Homosexualität aber sieht sich nach wie vor Anfeindungen ausgesetzt, und von rechtlicher Gleichstellung kann überhaupt nicht die Rede sein.

Für einiges Aufsehen sorgte letztes Jahr eine Reihe von Versuchen, eine gleichgeschlechtliche Ehe einzugehen: Edvard Murzin, Regionalpolitiker in der Republik Baschkirien und Abgeordneter der liberalen Partei Jabloko, wollte sich insgesamt viermal mit seinem Partner Edd Mischin, seines Zeichens Chef des GayLesbenBiTransgender (GLBT) – Zentrums Together, durch ein russisches Standesamt vermählen lassen. Aufgrund der eindeutigen Gesetzeslage in Russland, die Ehen zwischen Partnern gleichen Geschlechts untersagt, gelang es den beiden leider nicht, in den Ehestand einzutreten – wohl aber, eine überfällige Diskussion anzustoßen. Das Thema war in Radio und Fernsehen sehr präsent, und Murzin selbst trat in der Talkshow Kariere auf NTV zu einem Disput mit Gennadi Raikov, Abgeordneter der Volkspartei, an. Zwar gewann Raikov nach Zuschauerstimmen, aber die Jury sprach Murzin den „moralischen Sieg" zu.

Schätzungen gehen davon aus, dass 5 – 10% der russischen Bevölkerung homosexuelle Neigungen haben – immerhin rund 16 Millionen Menschen, die sich frappierender rechtlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sehen. Davon betroffen sind in erster Linie schwule Männer – sämtliche Gesetzestexte beziehen sich nur auf sie, nicht auf lesbische Frauen. Vor 1993 waren schwule Beziehungen unter Strafe gestellt, und auch gegenwärtig gibt es eine Gesetzesinitiative der Volkspartei, Sex zwischen Männern mit ein bis fünf Jahren Freiheitsentzug zu ahnden. Vor der Abstimmung über die Initiative wollte sich kein

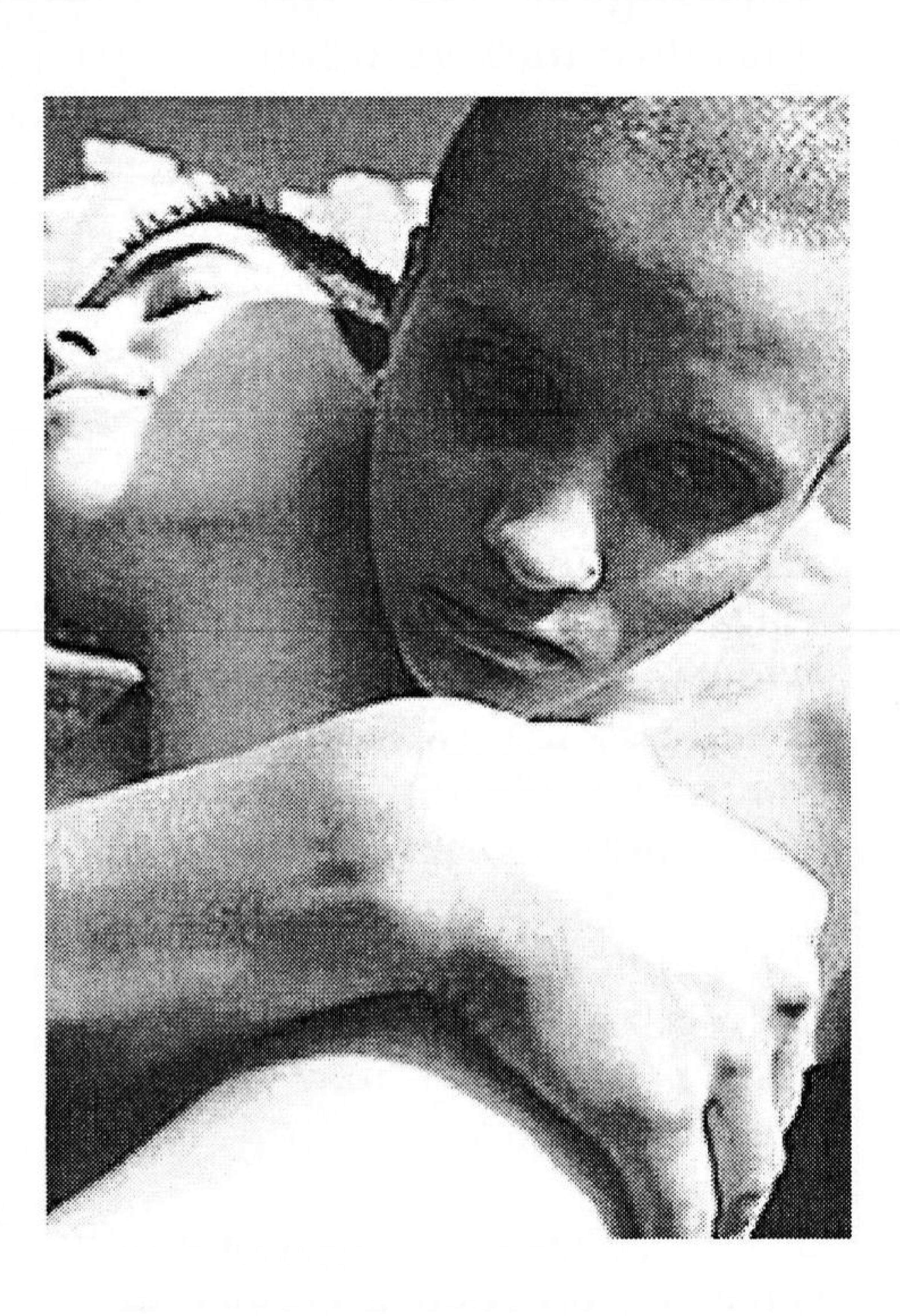


Abgeordneter der Duma zu seinem Stimmverhalten äußern . Nur der Vorsitzende der Volkspartei, Gennadi Gudkov, sagte, wer nicht für seinen Gesetzesvorschlag stimme, sei „selbst so einer". Reichlich seltsam muten die Äußerungen Vladimir Schirinovskijs von der Liberal-Demokratischen Partei Russlands an, der im Vorfeld der Abstimmung am 28.Mai 2004 vorschlug, Homosexualität künftig unter Todesstrafe zu stellen. In der Mittagspause behauptete er dann, er habe die Absurdität des Gesetzesprojekts zeigen wollen. Ob dank seiner Bemühungen oder nicht, das Gesetz wurde abgelehnt. Allerdings schaffte es auch der erste Versuch eines Anti-Diskriminierungsgesetzes nicht durch die Duma – die Ablehnung des Vorstoßes von Andrej Wulf von der Union der Rechten Kräfte erfolgte mit der Begründung, die sexuelle Orientierung sei „eine äußerst private Angelegenheit jedes Bürgers".

Dabei gäbe es jede Menge Anlass, ein solches Gesetz zu schaffen. Diskriminierung am Arbeitsplatz gibt es zuhauf, aber keine rechtliche Grundlage, sich dagegen zu wehren. Das rigide russische Melderecht, nach dem sich Bürger selbst bei nur zweiwöchigem Aufenthalt in einer anderen Stadt dort registrieren lassen müssen, bietet einigen Auslegungsspielraum für die Behörden: häufig wird die Registrierung bei dem/der Partner/in wegen „fehlender Verwandtschaft" verweigert – obwohl das offiziell

kein Kriterium ist. Ein russischer Schwuler, der zu einem Psychologen geht, läuft dort Gefahr, sich anhören zu müssen, dass seine sexuelle Orientierung der Grund für seine Probleme sei – wiewohl Homosexualität seit 1999 von der russischen Psychiatrie nicht mehr als Krankheit klassifiziert wird. Der Leiter der Abteilung des Laboratoriums für Gerichtssexologie des staatlichen Forschungszentrums für Sozial- und Gerichtspsychiatrie „V.B. Serbskij" Prof. Tkachenko sieht das anders – und führt in seinem Lehrbuch Homosexualität als schwerwiegende Erkrankung auf. Damit steht er bei weitem nicht allein in der russischen Psychiatrielandschaft. Aber auch die übrige Medizin ist nicht eben fortschrittlich. So verhinderte man unter Berufung auf einen Erlass des Gesundheitsministeriums aus dem Jahr 2001, der „Homosexuelle, Drogensüchtige und Prostituierte" zur Risikogruppe erklärt, dass Schwule und Lesben nach dem Attentat auf die Schule in Beslan Blut spenden durften, um den Opfern zu helfen.

Für große Aufregung sorgte Anfang 2003 die Verordnung Nr. 123 über Wehrdienstuntauglichkeit, die Sexualstörungen, die im Internationalen Codex zur Klassifizierung von Störungen aufgelistet sind, als Grund für den Ausschluss vom Dienst in der Armee nannte. Die Massenmedien berichteten, die Verordnung gelte auch für Homosexuelle, und diese müssten ihre nichttraditionelle sexuelle Orientierung durch ein Gutachten einer Spezialklinik nachweisen lassen. Lange gelang es der Regierung nicht, den Irrtum aufzuklären. Was allerdings wirklich zutrifft, ist die Möglichkeit für Schwule, Zivildienst abzuleisten anstatt sich den Zumutungen der russischen Armee auszusetzen. Dafür wird ein Attest über die sexuellen Neigungen gebraucht, dass durch mehrtägige Tests in einer psychiatrischen Klinik erworben werden kann. Die hochinteressante Frage, wie diese Tests aussehen, liess sich leider bisher nicht klären. In der westlichen Psychologie gibt es keine Tests, die eindeutige Aussagen über sexuelle Präferenzen liefern.



Wie man sieht, gibt es für GLBT-Aktivisten mehr als genug zu tun. Leicht macht man es ihnen nicht, sich politisch zu äußern: Zwar ist es nicht verboten, eine GLBT-Organisation zu gründen, in der Praxis bemühen sich aber die örtlichen Behörden redlich, es nicht zu einer offiziellen Registrierung kommen zu lassen. Der Versuch, eine gesamtrussische Aktion namens „Dreieck" zu gründen, wurde 1995 von der Moskauer Verwaltung gestoppt, weil eine solche Organisation angeblich der gesellschaftlichen Norm und Moral widerspräche. Auch beliebt ist das Auffinden von Formfehlern in der Antragstellung – ein in Russland übliches Verfahren, um mißliebigen politischen Gruppen den Status als „Überregionale Vereinigung" zu versagen. Die meiste Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit übernimmt daher das Internet durch Gay-Portale wie gay.ru. Dieses Portal, das größte seiner Art, wird vom nationalen GLBT-Center Together in Moskau betrieben. Together gibt auch das wichtigste schwul-lesbische Magazin Queer (oder Kvir auf russisch) heraus und bietet psychosoziale Beratung und Selbsthilfegruppen an. Außerdem wird die Einrichtung eines GLBT-Community–Centers mit entsprechender Bibliothek und Internet-Café angestrebt. Ansonsten existieren noch einige wenige Gruppen in anderen Regionen, aber kein russlandweiter Zusammenschluss. Finanzielle Unterstützung erfahren die Gruppen größtenteils aus westlichen Fonds, vor allem aus Schweden.

Was man aus dem Westen bestens kennt, ist die sensationsträchtige Berichterstattung über Lesben und Schwule, die ohne einen Verweis auf die Sexualität nicht auskommt und dabei stets etwas Verruchtes oder Skandalöses mitschwingen lässt. Das ist auch in Russland nicht anders, Homosexuelle werden stereotyp und karikativ charakterisiert, und eine ernsthafte Diskussion ihrer Probleme findet in den Massenmedien kaum statt. Kategorisch negative Töne schlagen dem/der Leser/in aus kommunistischen, nationalpatriotischen und russischorthodoxen Publikationen entgegen. Dennoch hat sich die hysterische Art und Weise, mit der Journalisten an das Thema

in den 90ern herangingen, abgemildert. Von den diversen Gay-Zeitschriften, die in den 90ern auf dem Markt waren, ist - meist aus finanziellen Gründen - nicht viel übrig geblieben. Nur Kvir erfreut sich großer Beliebtheit. „Die Vereinigung der Herausgeber und Verteiler von Druckerzeugnissen" ermittelte in 5 großen Verkaufsfirmen auf dem Moskauer Markt die Menge der verkauften Männerjournale und stellte dabei fest, daß Kvir zu den 10 meistverkauften Männermagazinen gehört. Trotz diesen Erfolges werben „aus ethischen Gründen", wie es heißt, so gut wie keine Firmen in schwullesbischen Journalen. Und das obwohl bekannt ist, dass auch in Moskau Schwule zur Gruppe der aktivsten Verbraucher verschiedenster Produkte und Dienstleistungen gehören.

Das Fernsehen dagegen hat Schwule und Lesben bereits als interessante Vorzeigeobjekte entdeckt. Im Sommer 2004 zog die zweite lesbische Frau in das „Haus 2" (die russische Variante von Big Brother) ein und avancierte schnell zum Publikumsliebling. Zudem läuft seit März 2005 eine Tragikkomödie über lesbische Frauen. Ein neues Politkum könnte ein Projekt werden, für das gerade gecastet wird: in dieser Sendung sollen Schwule und Lesben mit geladenen Gästen diskutieren und Zuschaueranrufe beantworten, dazwischen wird über Neuigkeiten der Community berichtet, geschichtliche Abrisse gezeigt etc.

Gerade für lesbische Frauen hat die Präsenz von t.A.T.u. und ihr Erfolg im Westen sehr positive Auswirkungen gehabt: getreu dem russischen Motto „Wer Erfolg hat, hat recht" ist es nun unter jungen Mädchen Usus geworden, sich zur Begrüßung zu küssen und händchenhaltend durch die Straßen zu ziehen. Lesbische Paare können sich – zumindest in den Metropolen - offener zeigen. Während westliche Jugendmedien noch rätseln, ob die „Russenlesben" nicht doch zutiefst hetero sind, und der ganze Skandal nur ein PR-Gag.



„Wir dachten alle, wir wären Hemingways"

Gary Shteyngart beschreibt in seinem Roman das Boheme-Leben der Amerikaner in Prag zu Beginn der 90er Jahre - Von BIRGIT LETTENBAUER

Gary Shteyngart ist 32, lebt abwechselnd in New York und Rom und ist Schriftsteller. Er kam Ende der 70er mit seinen Eltern aus dem damaligen Leningrad, in die USA.
In den USA wurde Gary Shteyngart als neue literarische Entdeckung gefeiert – und das zu Recht. In seinem Roman „Handbuch für den russischen Debütanten", der 2002 erschien , zündet er ein sprachliches Feuerwerk, dessen Dialoge zum Erfolg des Buches nicht unwesentlich beigetragen haben dürften.
Dabei sind die Parallelen zwischen dem Romanhelden und dem Autor unverkennbar. Vladimir Girshkin verschlägt es 1993 mehr oder minder unfreiwillig nach Prawa, in das „Paris der 90er Jahre", den „Tummelplatz der amerikanischen Künstlerelite", das „SoHo Osteuropas", was unschwer als die tschechische Hauptstadt Prag zu erkennen ist. Nicht für Tschechen, doch vielmehr für junge Amerikaner stellte sich Prag damals als Reich der Träume dar: Leben im wilden Osten, vor märchenhafter Kulisse, wo sich die eigenen schriftstellerischen Ambitionen am besten in die Tat umsetzen lassen. Vladimir merkt dort jedoch sehr schnell, dass er es weniger mit echten Künstlern, als vielmehr mit Möchtegern-Literaten zu tun hat, die ihr Boheme-Leben vor allem Papis dickem Bankkonto zu verdanken haben. Und an dieses will Vladimir ran, was ihm – wenn auch auf nicht ganz legalem Wege und mit Hilfe einiger mafiöser Gestalten – schließlich gelingt.

„Mein Gott, wer sind diese Leute? Tschechen! Das war so strange. Wir lebten in einer völlig amerikanischen Welt."

Die Schilderung der US-amerikanischen Community in Prag, die so rein gar nichts mit dem tschechischen Alltag zu tun hatte, kennt der Autor ebenfalls aus eigener Erfahrung: Shteyngart selbst verbrachte Anfang der 90er Jahre längere Zeit in der tschechischen Hauptstadt und führte dort genau das Leben, das heute bereits zur Legende geworden scheint – eine detailgetreue Beschreibung seiner Charaktere darf man ihm also unterstellen, auch wenn er beim ein oder anderen allzu tief in die Klischeekiste gegriffen haben dürfte. Von verrückten Gestalten wimmelt es nur so, was die Lektüre des Romans zeitweilig ein wenig anstrengend macht.
Steht Gary Shteyngart vor einem, so kann man sich des Eindrucks nicht verwehren, er selbst sei als eine dieser freakigen Gestalten direkt seinem Roman entstiegen. Für einen Mann etwas klein, mit schwarzen Haaren und einer Art Ziegenbart redet er wie der sprichwörtliche Wasserfall in breitem Amerikanisch. Ob er alles ernst meint, was er sagt, weiß man irgendwie nie.
„Ungefähr 50 Prozent", so meint er, seien von ihm in der Figur des Vladimir Girshkin enthalten. Neben seiner Herkunft – ein Kind russisch-jüdischer Einwanderer – sind es vor allem Äußerlichkeiten, die auffallen, die jedoch zu einer Art Markenzeichen junger Amerikaner in Prag geworden sind. „Wie Girshkin habe ich einen Bart, zeitweilig zurückgehende Haare, wie Girshkin liebe ich Frauen und Alkohol", sagt Shteyngart. Ebenso habe er Eltern, die es als Einwanderer zu etwas gebracht haben und sich um die Zukunft ihres Sohnes sorgen. Im Charakter gäbe es allerdings große Unterschiede. „Girshkin packt die Sachen direkt an, er handelt einfach. Das kann ich nicht".
Das Leben so zu nehmen, wie es kommt, das Beste aus ihm rauszuholen – das scheint der Grund gewesen zu sein, weshalb sich Shteyngart selbst Anfang der 90er Jahre nach Prag aufmachte. „Ich dachte, dies sei ein großartiger Ort, um mich zu betrinken, um Sex zu haben", erzählt er. „Es war immer der gleiche Grund, weshalb Amerikaner kamen. Wir dachten alle, wir wären Hemingways." In den USA hätten alle auf sie herabgeschaut – doch in Prag, „war alles anders. Vor allem gab es fast kostenloses Bier."
Anders als der Romanheld Vladimir, der die Naivität der jungen Amerikaner nach Strich und Faden auszunutzen versteht und so nie ganz ein Mitglied dieser Community wird, lebte Shteyngart in dieser Oase fernab aller Widerlichkeiten des Alltags. „Ich traf eine Menge Schriftsteller, die Ideen hatten. Während des gesamten Jahres lernte ich hier gerade mal zwei Tschechen kennen." Auf dem Weg zur U-Bahn sei er oft richtig erschrocken: „Mein Gott, wer sind diese Leute? Tschechen! Das war so strange. Wir lebten in einer völlig amerikanischen Welt." So etwas wie Heimat kennt der russisch-jüdische Einwanderer Shteyngart nicht – einen „wandernden Juden" nennt er sich darum auch. „Ich fühle mich in einem guten Hotel zu Hause", sagt er.
Gary Shteyngarts Buch liest sich schnell und sprüht bis zur allerletzten Seite von Humor. Vor allem sein Sprachwitz macht die Geschichte äußerst unterhaltsam. So zu schreiben, sei „nicht schwer", sagt der 32-Jährige. „Es ist die Sprache, die ich spreche".

KASCHMAUKISTAN-REPORT

Roscher Rockers in Albanien - Teil 1

Von der Liebe zum Verkehr: Es ist nun schon einen guten Monat her, da war ich in Durres mit Alban, einem meiner Studenten. Durres liegt am Meer und hat einen Hafen, den man aber nicht besichtigen darf, außer, man will mit einem Schiff verreisen. Wir waren am Strand und der war dreckig genug. Allerdings wurde mir versichert, dass der Strand nur außerhalb der Saison dreckig ist, Anfang Mai wird dann alles geräumt bzw. vergraben. Am Strand fuhren zahlreiche Automobile herum, wie mir erklärt wurde, seien das größtenteils Fahrschüler, die hier übten, was das Prominieren am Strand nicht gerade ungefährlicher machte.
Das Meer selbst war erstaunlich sauber, und, obwohl es Mitte März noch recht kalt war, badeten auch ein paar Leute darin. Wir aßen in einem schicken Strandrestaurant eine Fischplatte, um hinterher wieder zurückzufahren, was allerdings nicht ganz unproblematisch war. Wir waren nämlich schon recht früh am Morgen gekommen und hatten Albans Mercedes auf den leeren Parkplatz gestellt, der mittlerweile ziemlich voll war. Albans Karre war vollkommen zugeparkt, wirklich so, dass es keine Möglichkeit gegeben hätte, da wieder heraus zu kommen. Wenn ein Albaner nämlich keinen Parkplatz findet, parkt er einfach in zweiter Spur. Das ist hier allgemein so üblich, und ich hatte mich immer schon gefragt, wie die Eingeparkten sich befreien. Alban hat das aber nicht sehr gestresst, er hat einfach so lang gehupt, bis der Besitzer des betreffenden Fahrzeugs gekommen ist, was ca. 5-10 Minuten gedauert hat und für die Gäste im Fischrestaurant sicher sehr untermalend wirkte.
Der andere Fahrzeughalter hat dann versucht, sein Auto wegzufahren, was ziemlich schwierig war, weil mittlerweile bereits von beiden Seiten neu Autos kamen, und er weder vor, noch zurück konnte. Aber Alban hat hinterher noch viel länger gebraucht, um seine Karre dann zwischen den anderen parkenden und auch den kompromisslos nachrückenden neu hinzugekommenen Autos hindurchzuzwängen. Bis wir endlich auf der Strasse waren, war ohne jede Übertreibung eine geschlagene Stunde vergangen.
Am Rückweg sah ich noch den dreckigsten Fluss meines Lebens, war aber leider nicht flink genug, ihn zu photographieren. Überhaupt schauen mich die Leute hier immer so komisch an, wenn ich photographiere.
Tirana hat, nebenbei erwähnt, vor ein paar Wochen einen Wettbewerb gewonnen, es wurde zur Stadt mit der ärgsten Luftverschmutzung in ganz Europa gewählt. Angeblich gibt es irgendwo in Tirana auch eine Kreuzung, die überhaupt der verschmutztest Platz auf der ganzen Welt sein soll. Ich werde versuchen, dieselbe ausfindig zu machen, um dann von ihr zu berichten.
Diese Woche hab ich mit dem Bus (wovon mir schon in Wien von offizieller Seite streng abgeraten wurde) einen Ausflug in die Nähe von Durres unternommen. Ich habe hier auch meine ersten albanischen Bunker photographiert. Zu Enver Hoxhas Zeiten bekam nämlich jeder dritte Albaner einen Bunker spendiert, die jetzt noch überall am Land an zum Teil strategisch sehr ungünstig gelegenen Stellen herumstehen. Sie ragen etwa ein bis zwei Meter aus der Erde und dienen heutzutage, da Albanien ja nun keine Feinde mehr hat, als Abstellkammern oder Komposthaufen.

Sokol, dessen 93-jährige Großmutter das Handwerk des Bösen-Blick-Austreibens beherrscht, hat mir die Geschichte seines Onkels erzählt, der keine Kinder bekommen konnte (und kann). Obwohl Sokol mehrmals bemerkte, dass das in fact ein health-problem sei, war der Onkel da nicht so sicher und hat sich einen Imam, der die weiße Magie beherrscht, gecheckt und mit in sein Haus genommen.
Der hat dann, dort angekommen, gleich auf eine Stelle an der Wand gedeutet und zu Sokols Onkel gesagt, er solle mit einem Hammer gegen diese Stelle hauen. Der Onkel tat's, die Mauer bröckelte und zum Vorschein kam ein kleines Fläschchen, in dem sich Fingernägel, Haare und ein Faden mit sieben Knoten befanden. Der Imam erklärte dem Onkel, dass dadurch der (frühere) Bewohner des Hauses zu Kinderlosigkeit verflucht worden sei, und dass er, der Imam, einen solchen Fluch eigentlich auch nicht zurücknehmen könne, da der Fluch aber nicht den Onkel betreffe, ginge es doch.
Allerdings hat der Onkel immer noch keine Kinder, weil es in fact ein health-problem ist. Die sieben Knoten in dem Faden dehnten den Fluch im Übrigen auf sieben Generationen aus. Ich habe Sokol gefragt, was für einen Sinn es macht, so etwas wie Kinderlosigkeit über sieben Generationen als Fluch zu verhängen, worauf er mir sagte, dass das eine gute Frage wäre. Erst meinte er, dass der Fluch ja durch die Töchter weitervererbt werden könne, und Mädchen sind hier anscheinend keine Nachfahren, was, wie er einräumte, die Sieben-Generationensache aber wieder ad absurdum führt.

Inzwischen schöne Grüsse
Mirupafshim
yakfilter



"Dies ist meine Heimat"

Laika-

the first dog in the sky

